

**A b d r u c k
Niederschrift**

über den **öffentlichen** Teil der Sitzung des Kreistages Miltenberg
von Montag, den 27.07.2009,
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung:	14:00 Uhr
Ende der Sitzung:	18:45 Uhr

Den Vorsitz führte Herr Landrat Roland Schwing.

Für den in der Zeit von 18:25 Uhr bis 18:45 Uhr stattgefundenen nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung wurde eine gesonderte Niederschrift gefertigt.

Anwesend waren:

Kreistagsmitglieder

Frau Gabriele Almritter
Herr Dietmar Andre
Frau Marion Becker
Herr Karlheinz Bein
Herr Michael Berninger
Frau Sonja Dolzer-Lausberger
Herr Erwin Dotzel
Frau Ellen Eberth
Herr Hermann-Josef Eck
Herr Dr. Hans Jürgen Fahn
Frau Emma Fichtl
Herr Bruno Fischer
Frau Rita Follner
Herr Ulrich Frey
Herr Boris Großkinsky
Herr Michael Günther
Frau Christina Haaf
Frau Birgit Hotz
Herr Dr. Heinz Kaiser
Frau Claudia Kappes
Herr Hubert Klimmer
Herr Reinhold Köhler
Herr Thomas Köhler
Frau Hannelore Kreuzer
Herr Erich Kuhn
Herr Edwin Lieb
Herr Dr. Heinz Linduschka
Herr Peter Maurer
Frau Petra Münzel
Herr Karl-Joachim Oberle
Herr Günther Oettinger
Herr Jürgen Reinhard
Herr Ludwig Ritter
Herr Berthold Rüth
Herr Jens Marco Scherf
Herr Otto Schmedding
Herr Peter Schmitt
Herr Steffen Scholz

Herr Bernd Schötterl
Frau Monika Schuck
Herr Dr. Ulrich Schüren
Herr Manfred Schüßler
Herr Reinhard Simon
Herr Hermann Spinnler
Herr Erich Stappel
Herr Dr. Christian Steidl
Herr Bernhard Stolz
Frau Anne Tulke
Herr Dr. Rainer Vorberg
Herr Roland Weber
Frau Ruth Weitz
Herr René Wendland
Herr Wolfgang Zöllner

anwesend bis 17:15 Uhr

Entschuldigt gefehlt haben:

Kreistagsmitglieder

Herr Walter Berninger
Herr Joachim Bieber
Herr Helmut Demel
Herr Matthias Luxem
Herr Thorsten Meyerer
Herr Kurt Schumacher
Frau Juanita Schwaab

Von der Verwaltung haben teilgenommen:

Herr Dietmar Fieger, Verwaltungsdirektor
Herr Gerald Rosel, Oberregierungsrat (Punkt 6)
Herr Gerhard Rüth, Verwaltungsoberamtsrat
Frau Margrit Schulz, Kreisbaumeisterin
Herr Kurt Straub, Verwaltungsoberamtsrat
Frau Ursula Mottl, Schriftführerin

Ferner haben teilgenommen:

Herren Kreisheimatpfleger Wolfgang Hartmann, Dr. Werner Trost und Gerd Wolf (Punkt 1)
Herr Baudirektor Norbert Biller, Staatliches Bauamt Aschaffenburg (Punkt 2)
Herr Dipl.Ingenieur Dr. Josef Janko, PTV AG, Karlsruhe (Punkt 2)
Herr Direktor Thomas Feußner, Sparkasse Miltenberg-Obernburg (Punkt 3)

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratulierte Landrat Schwing Kreisrätin Anne Tulke zur Vollendung des 50. Lebensjahres am 14.07.2009.

Weiter machte Landrat Schwing auf folgende Termine aufmerksam:

- 37. Endspiel um die Landkreismeisterschaft im Fußball am 01.08.2009
- Symposium „Zukunft Wirtschaftsstandort Landkreis Miltenberg“
- Einladung des Landrats des IIm-Kreises zur Festveranstaltung am Tag der Deutschen Einheit.

Tagesordnung:

- 1 Tätigkeitsbericht der Kreisheimatpfleger
- 2 Verkehrsmodell für den Landkreis Miltenberg, Schwerpunkt Südspessart, einschließlich Beschlussfassung über die Anträge von ödp/BLU vom 11.06.2009 (Mautpflicht auf der B 469 und kein weiterer Ausbau der B 469)
- 3 Jahresabschluss der Sparkasse Miltenberg-Obernburg zum 31.12.2008
- 4 Beschlussfassung über das Konjunkturpaket II/FAG
- 5 Finanzbericht:
 - a) Halbjahresbericht Finanzen
 - b) Halbjahresbericht Wirtschaftliche Einheiten - Produktberichte
- 6 Beschaffung eines mobilen Großventilators für den abwehrenden Brandschutz im Tunnel der Ortsumgehung Miltenberg/Bürgstadt/Großeheubach

Tagesordnungspunkt 1:

Tätigkeitsbericht der Kreisheimatpfleger

Landrat Schwing begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt die Kreisheimatpfleger Hartmann, Dr. Trost und Wolf. Kreisheimatpflegerin Eckert hatte sich wegen Teilnahme als Betreuerin an einer Seniorenfahrt entschuldigt.

Den Bericht der Kreisheimatpfleger, der vorab im Kreistagsinformationssystem (KIS) zur Verfügung gestellt worden war, erstattete Kreisheimatpfleger Hartmann.

Landrat Schwing dankte den vier Kreisheimatpflegern sehr herzlich für ihren Einsatz und bemerkte, dass das breite Spektrum der Heimatpflege bei ihnen in besten Händen liege. Er habe das Gefühl, dass sich die Menschen immer mehr für ihre Heimatgeschichte interessieren und sich in vielfältiger Weise dafür engagieren (z.B. beim Römerfest, bei Ausgrabungen, in Heimat- und Geschichtsvereinen usw.). Für ihre künftige Arbeit wünschte Landrat Schwing den Kreisheimatpflegern viel Freude und Erfolg.

Kreisrat Scherf dankte im Namen des gesamten Kreistages den anwesenden Kreisheimatpflegern für ihre ehrenamtliche Arbeit und bat, den Dank auch an Kreisheimatpflegerin Eckert weiterzugeben. Wissenschaftlich und ernsthaft betriebene Heimatgeschichte sei bedeutend für den Landkreis Miltenberg, denn nur wer seine Heimat kenne, könne die Zukunft gestalten. Unheimlich spannend finde er die Verbindung des Landkreises Miltenberg mit Cottbus. Als Bürger der Stadt Wörth a.Main und ehemaliger Bewohner der Mechenharder Höhe sei er der Meinung, es sei schön und gut, wenn Heimatgeschichte auf der anderen Mainseite unter die historische Lupe genommen werde und es sei wichtig, dass man sich damit auseinandersetze. Heimatpfleger Dr. Trost habe andere Argumente vorgebracht, mit denen man sich ebenfalls auseinandersetzen sollte. Der Kreistag wünsche, dass bei den Kreisheimatpflegern der Frust gering und die Belastung nicht zu hoch sei, so dass sie auch künftig noch viel Freude an ihrer Arbeit haben und helfen, das Heimatbewusstsein in der Bevölkerung zu stärken.

Zu den von Kreisheimatpfleger Hartmann vorgetragenen neuen Erkenntnissen über Erlenbach a.Main erklärte Kreisrat M. Berninger (1. Bürgermeister der Stadt Erlenbach a.Main), dass die Erlenbacher damit gut leben können. Man sei dankbar, wenn über die Stadt Erlenbach a.Main Neues erforscht werde. Selbstverständlich werde man sich mit den neuen Erkenntnissen intensiv auseinandersetzen und prüfen, ob tatsächlich etwas Neues zutage gekommen sei. Wenn ja, werde man das in Erlenbach a.Main gebührend feiern. Leider sei die Mitteilung über die neuen Erkenntnisse relativ unglücklich erfolgt. Er halte es nicht für gut, wenn von neuen Erkenntnissen betroffene Gemeinden dies aus der Presse erfahren, wie es im Fall Erlenbach a.Main geschehe sei. Es wäre besser gewesen, wenn sich Kreisheimatpfleger Hartmann vorher mit ihm (Kreisrat Berninger) kurzgeschlossen hätte. Im Übrigen sei die Barbarossa-Sage immer nur eine Sage. Wenn dies nicht so wäre, wäre es keine Sage, sondern die Wahrheit. Und solange nicht das Gegenteil bewiesen werde, bleibe diese Sage bestehen. Abschließend bat Kreisrat M. Berninger, den Erlenbachern ihren Barbarossa zu lassen. Erlenbach a.Main habe leider keine Römer und müsse das nehmen, was es habe.

Kreisheimatpfleger Hartmann sagte dazu, es sei keinesfalls in seinem Sinne gewesen, dass die neuen Erkenntnisse über Erlenbach a.Main zuerst in der Presse bekannt gegeben worden seien. Bereits an dem Tag, an dem er Bürgermeister Berninger habe anrufen wollen, sei in der Zeitung zu lesen gewesen, dass in Erlenbach a.Main ein Barbarossa-Fest gefeiert werde. Daraufhin habe er die Urkunde, über die „Erlenbacher Freyheit“, bewusst zurückgehalten, um den Erlenbachern nicht die Freude an ihrem Fest zu verderben. Im Übrigen formuliere die Presse die Überschriften ihrer Artikel selbst.

Tagesordnungspunkt 2:

Verkehrsmo­dell für den Landkreis Miltenberg, Schwerpunkt Südspessart, einschließlich Beschlussfassung über die Anträge von ödp/BLU vom 11.06.2009 (Mautpflicht auf der B 469 und kein weiterer Ausbau der B 469)

Landrat Schwing begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Baudirektor Biller vom Staatlichen Bauamt Aschaffenburg und Dipl.Ingenieur Dr. Janko von der PTV AG, Karlsruhe, und teilte mit, dass die Powerpoint-Präsentation im Kreistagsinformationssystem (KIS) zur Verfügung gestellt werde.

Dipl.Ingenieur Dr. Janko erläuterte sodann anhand der Powerpoint-Präsentation die „Korridoruntersuchung B 469“ in folgenden Punkten:

- Kurzvorstellung PTV AG
- Aufgabenstellung
- Aufbau und Ziele des Verkehrsmodells
- Untersuchungsgebiet
- Netzmodell
- Arbeitsstand
- weiteres Vorgehen.

Baudirektor Biller bemerkte, dass sich der Zeitplan für das Verkehrsmodell etwas verschoben habe. Es hätte bereits Anfang des Jahres 2009 vorliegen sollen, was aber wegen vergaberechtlicher Schwierigkeiten nicht möglich gewesen sei. Weil es sich um eine Vergabe von Bund und Land handle, werde mehr Zeit beansprucht. Zum Zeitplan könne mitgeteilt werden, dass das Verkehrsmodell bis November 2009 ausgearbeitet sein werde. Wenn das Modell und die Prognose stimmen, können weitere Untersuchungen folgen. In diese Untersuchungen seien bereits alle möglichen Überlegungen der Gemeinden zur Ergänzung des Wegenetzes eingespeist, wie z.B. vorgesehene Ortsumgehungen, Brückenstandort-Fragen,

Verlegungen oder auch andere Überlegungen wie z.B. zur B 47. Im Verlauf der Untersuchungen werde aktiviert oder deaktiviert und verglichen, ob eine bestimmte Maßnahme einen Nutzen bringe oder nicht. Es werde gehofft, dass die gesamten Untersuchungen im Frühjahr 2010 abgeschlossen und der Untersuchungsbericht zum Bund und zum Land gegeben werden können.

Baudirektor Biller wies weiter darauf hin, dass Anträge zur B 469, nämlich diese Straße nicht weiter auszubauen und Mautpflicht einzuführen, vorliegen. Des Weiteren gebe es die große Diskussion der Südspessart-Anbindung. Die B 469 nicht weiter auszubauen, würde bedeuten, dass die Verkehrsprobleme künftig zulasten der rechtsmainischen Gemeinden gehen. Außerdem gebe es in der Region Bayerischer Untermain zwei wesentliche Verkehrsverbindungen, nämlich die B 469 und die B 426. Die überregionalen Achsen im Landkreis Miltenberg seien die Staatsstraße 2209, die Staatsstraße 2208 (Verbindung nach Rohrbrunn) sowie die Staatsstraßen 2217 und 2215. Ganz wesentlich zur Einspeisung dieser Hauptverbindungsachsen dienen die Mainquerungen. Man könne sich vorstellen, welche Aufgabe die B 469 übernehmen müsse. Vor kurzem habe im Bereich Trennfurt eine Baustelle bestanden. Die Folge seien an einem Tag ca. 200 E-Mail-Anfragen von Bürgern zum Stau gewesen. Leider habe es technisch keine andere Möglichkeit gegeben. Im landes- und bundesweiten Vergleich seien die Verkehrsbelastungen am Untermain deutlich höher. Schon im ländlichen Bereich des Spessarts müssen tägliche Belastungen von ca. 6.000 Fahrzeugen hingenommen werden. Wenn also am Untermain das System Straße für die Zukunft nicht nachhaltig und rechtzeitig gerüstet werde oder Verkehre auf den ÖPNV verlagert werden, werde man es nicht schaffen, die Hauptverbindungsachsen dauerhaft am Leben zu halten. Der Antrag, die B 469 nicht weiter auszubauen, stehe deshalb den Verkehrserfordernissen entgegen und sollte nach Ansicht des Staatlichen Bauamtes Aschaffenburg abgelehnt werden.

Zum Antrag auf Mautpflicht auf der B 469 sei zu sagen, dass die Erhebung von Maut rechtlich gesehen möglich wäre. Es gebe ein Zweites Gesetz zur Änderung des Autobahnmautgesetzes für Schwerlastfahrzeuge. Danach könne der Bundesrat Rechtsverordnungen erlassen, wenn Mautpflicht begründet sei und zwar wenn es zur Vermeidung von Ausweichverkehren und aus Gründen des Verkehrs gerechtfertigt sei. Auch hier müsse die Situation sachlich und nüchtern betrachtet werden. Es werde nicht verleugnet, dass ein Fahrzeug aus verschiedenen Gründen, z.B. weil dies schneller und besser sei, eher den kürzeren Weg wähle. Deswegen sei der Fahrer aber noch kein Mautpreller. Es sei auch ein Unterschied, ob es sich um Mautausweichverkehr oder aufgrund der Netzsystematik um Verkehre handele, der sich ohnehin einer bestimmten Strecke bedienen müssen. Ein weiterer Punkt sei, dass verkehrsbedingte Verlagerungen eintreten werden, wenn es wirtschaftlicher sei, eine bestimmte Strecke zu fahren. Dies dürften auf der B 469 ca. 100 bis 150 Fahrzeuge sein, die jedoch bei weitem nicht für die Einführung von Mautpflicht ausreichen. Bezüglich der B 469 bleibe daher festzuhalten, dass die Durchgangsverkehre derzeit sehr stark seien, weil es auf der A 3 mehrere Baustellen gebe. Wenn die A 3 künftig sechsspurig ausgebaut sein werde, werden viele Fahrzeuge nicht mehr unseren Raum queren. Der Durchgangsverkehranteil werde im Verkehrsmodell noch errechnet. Auf der B 469 betrage der Schwerlastanteil ca. 5 %. Dieser nehme in Richtung Stockstadt auf ca. 8 % zu, weil dort der Hafen und Gewerbeansiedlungen bestehen. Zum Vergleich: Auf der Autobahn betrage der Schwerlastanteil über 20 %. Würde auf der B 469 Mautpflicht eingeführt, würde der Wirtschaftsverkehr im eigenen Bereich bestraft, denn die Standortbetriebe müssten diese Maut mit einrechnen und in der Folge käme es zu weiteren Belastungen der Kreisstraßen und Ortsdurchfahrten. Deshalb die bauamtliche Einschätzung: Die Einführung von Mautpflicht auf der B 469 wäre theoretisch zulässig, aber die Voraussetzungen hierfür seien nicht erfüllt. Mit der Einführung der Mautpflicht würde die rechtsmainische Schiene überlastet. Der vorliegende Antrag müsse daher aus fachlichen Gründen, aber auch im Hinblick auf den Kabinettsbeschluss, wonach in Bayern keine Bundesstraßen bemaute werden, abgelehnt werden.

Zum Thema Südspessartanbindung führte Baudirektor Biller aus, dass die Politik alles unternehme, um den Südspessart zu stärken. Das grundsätzliche Problem seien die Engstellen auf der Staatsstraße 2315, mit denen sich der LKW-Verkehr schwer tue, sein Ziel in einer vernünftigen Zeit zu erreichen. Es gebe hier gegenüber Baden-Württemberg wesentlich weniger LKW-Verkehr, wobei festzustellen sei, dass es im Bereich Faulbach durch die nähere Anbindung zur A 3 jetzt ein höheres LKW-Aufkommen als z.B. in Kirschfurt mit Brücke Freudenberg gebe. Dort wirke sich die Engstelle besonders aus. Ansonsten gebe es im Südspessart wie am bayerischen Untermain üblich einen überdurchschnittlichen Staatsstraßenverkehr. Ein weiteres Ziel sei die Landesentwicklung. Im Landesentwicklungsprogramm soll eine überregionale Achse zwischen Marktheidenfeld und Miltenberg ausgewiesen werden. Im Zuge dieser Achse können strukturelle Entwicklungen besser laufen. Die Verkehrsinfrastruktur soll in erster Linie ausgebaut werden. Dazu sei es notwendig, dass die gesamte bayerische Seite bis Kirschfurt/Freudenberg mit einer durchgängigen Straße ausgebaut werde. D.h., dass im Ausbauplan des Staates die Staatsstraße 2315 bei Kirschfurt mit neuer Main-Brücke im vordringlichen Bedarf aufgenommen und berücksichtigt sei. Ebenso habe das Land Baden-Württemberg den Tunnel Freudenberg berücksichtigt. Die beiden Maßnahmen seien aufeinander abgestimmt und sollten zeitnah realisiert werden, d.h. sowohl für Bayern als auch für Baden-Württemberg sei dies die Zielvorgabe.

Warum ein Brückestandort Dorfprozelten? Welche Konsequenzen dieser Standort hätte, zeige sich daran, dass, wenn der Tunnel in Baden-Württemberg gebaut werde, die Staatsstraße in der historischen Altstadt Freudenbergs zur Ortsstraße abgestuft werde. Gemäß BayStrWG ende eine Staatsstraße nicht an einer Ortsstraße. In der Konsequenz müsste natürlich von der Ortsdurchfahrt Freudenberg die Weiterführung über Kirschfurt abgestuft werden. Die Abstufung würde bedeuten, dass die Straße bis Collenberg eine Ortsstraße sein könnte. In den anderen Bereichen könnte sie bis dort, wo die Staatsstraßenquerung bei Dorfprozelten hinkäme, eine Kreisstraße sein. Der Verkehr würde einseitig zulasten Baden-Württembergs verlagert. Baden-Württemberg stimme dem nicht zu. Collenberg wiederum hänge von der Entwicklungsachse ab und das könne nicht das Ziel der Landesentwicklung sein. Insofern sei ein Brückenstandort Dorfprozelten aus Sicht des Freistaates Bayern nicht möglich. Das Ausbauziel Bayerns und Baden-Württembergs würde mit dieser Lösung nicht erreicht. Damit werde nicht in Abrede gestellt, dass nicht ein anderer Bauträger für diese Lösung eintreten könnte, allerdings nicht der Freistaat Bayern. Deswegen bleibe es bei der vorgeschlagenen Lösung. Man könne schließlich nicht von der „gelben“ Lösung auf die „rote“ Lösung umschwenken. Außerdem sei der Brückenstandort Dorfprozelten bereits in einer Umweltverträglichkeitsstufe beurteilt und als nachteilig dargestellt worden. Andere Brückenstandorte zwischen Freudenberg und Collenberg in Richtung Wertheim seien im Rahmen der UVS abgelehnt worden. Sie seien aus Sicht des Naturschutzes nicht umsetzbar, weil es eine Alternative gebe.

Unter Hinweis auf die vier zu diskutierenden Bereiche schlug Landrat Schwing vor, zuerst Verständnisfragen zum Verkehrsmodell zu stellen.

Kreisrat Frey stellte fest, dass sich Baudirektor Biller und Dipl.Ingenieur Dr. Janko ausführlich mit dem Verkehrsmodell befasst und versucht hätten, Analysen abzuleiten. Leider sei nicht erwähnt worden, wie sich das Verkehrsmodell auf die Umweltverträglichkeit und die CO₂-Belastung auswirken werde. Er (Kreisrat Frey) habe daher den Eindruck, dass einzig und allein der Straßenverkehr im Fokus stehe. Andere Verkehrsträger werden nur am Rande erwähnt. Die wichtigen Themen Schadstoffimmissionen, CO₂-Reduzierung usw. gehören jedoch seiner Meinung nach unbedingt in das Verkehrsmodell mit hinein, vor allem dann, wenn es den Ansprüchen der Zukunft genügen soll.

Kreisrätin Almritter fragte, seit wann das Verkehrsmodell laufe. Baudirektor Biller habe bereits im Januar 2008 gesagt, dass das Verkehrsmodell nicht stimme. Weiter habe er erwähnt, dass der Ergebnisbericht an Bund und Land gehe. Inwieweit werden dann der Land-

kreis und der Kreistag Miltenberg mit einbezogen? Seien die Zahlen der Verkehrsbefragung im Südspeessart die aktuellen Zahlen?

Kreisrat Dotzel bemerkte, dass auf dem Verkehrsmodell viele Straßen nach Norden und Süden zu sehen seien. Auch Richtung Westen bestehe die Anbindung nach Hessen. Gebe es auch Korridore in Richtung Rohrbrunn oder Wertheim?

Kreisrat Scherf stellte folgende Fragen:

- Wie werde die Möglichkeit beurteilt, Brückenstandorte gut beurteilen zu können, ohne dass ein Verkehrsmodell vorliege?
- Wie komme es zur Beurteilung, dass Collenberg von der Entwicklung durch Abstufung einer bestehenden Straße abgekoppelt werde?
- Berücksichtige das Verkehrsmodell auch den ÖPNV, d.h. den weiteren Ausbau der Schiene?

Kreisrat Dr. Fahn fragte, wie weit nach Süden das Untersuchungsgebiet bezüglich des Ausbaues der B 469 gehe.

Kreisrat Dr. Vorberg bat um Mitteilung, ob im Rahmen des Verkehrsmodells die Ortsumgehung Sulzbach a.Main mit untersucht werden könne.

Von Dipl.Ingenieur Dr. Janko wurde auf die ihm gestellten Fragen folgendes geantwortet: Die PVT AG habe im Mai 2009 den Auftrag für das Verkehrsmodell erhalten, als Zeitplan sei ein Jahr angenommen worden. Er hoffe, dass die Untersuchungen eher abgeschlossen sein werden. Dazu, ob die Eigenschaften vom Verkehrsmodell erfasst werden, könne er sagen, dass das Verkehrsmodell die Verkehrsstärken erfasse. Daraus können dann andere Indikatoren (z.B. Belastung durch Immissionen, CO₂, usw.) abgeleitet werden. Bezüglich weiterer Korridoren sei alles möglich. Das Untersuchungsgebiet umfasse auch den Bereich Wertheim, gehe bis nach Erbach i.Odw. und im Süden bis zur A 81. Die Verkehre, die von der A 81 in unser Gebiet einfließen, werden betrachtet und entsprechend bewertet. Der ÖPNV werde als Alternative und Ergänzung zu den bestehenden Verkehren mit betrachtet, weil bestimmte Verkehre (z.B. Schülerverkehre) nur über den ÖPNV abgewickelt werden können. D.h., dass alle Schienen- und Buslinien erhalten bleiben. Die Ortsumgehung Sulzbach a.Main könne in das Netz mit aufgenommen und bewertet werden.

Baudirektor Biller teilte ergänzend mit, dass das Untersuchungsgebiet bis zum Autobahnviereck der A 81 gehe. Deswegen werde insbesondere auch der Bereich Baden-Württemberg mit der A 47 und A 27 mit untersucht. Die Untersuchung soll nämlich grenzüberschreitend sein. Diese Strecken seien die Fortsetzung der B 469 nach Süden und insofern eine wichtige Verbindungsachse. Zur Beteiligung des Landkreises Miltenberg am Untersuchungsbericht sei zu sagen, dass der Untersuchungsbericht in einem Gremium, entweder im Regionalen Planungsverband oder im Kreistag, vorgestellt werde. Vor der endgültigen Fassung werde ein Zwischenbericht erstattet. Was die Verkehrszahlen im Südspeessart betreffe, sei zu sagen, dass die bekannt gegebenen Zahlen die amtlichen Zahlen einer im Jahr 2005 durchgeführten Verkehrszählung seien.

Landrat Schwing gab sodann folgenden Antrag der ödp/BLU vom 02.07.2009 bekannt: „Wir beantragen, dass der Landkreis Miltenberg sich bei den Verkehrsministerien des Bundes und des Freistaates Bayern dafür einsetzt, dass die in weiten Bereichen autobahnähnlich ausgebaute B 469 in Zukunft der Mautpflicht unterliegt.“

Kreisrat Frey (Mitverfasser dieses Antrages) erklärte, dass er eine andere Meinung als Baudirektor Biller vertrete. Die Begründung zu diesem Antrag laute wie folgt: Aufgrund der zunehmenden Belastung der A 3 (auch wenn diese jetzt sechsspurig ausgebaut werde) nutzen viele Fahrzeuge über 7,5 t die B 469 als Mautausweichstrecke. Gut ausgebaute Straßen

ziehen noch mehr Verkehr an und führen zu einer zunehmenden Belastung unserer Region und nerven die Bürgerinnen und Bürger. Die ödp/BLU sehe in der Einführung der Mautpflicht auf der B 469 ein geeignetes Mittel, diesen Belastungen entgegen zu wirken. In ähnlich gelagerten Fällen sei auf Initiative von Städten und Landkreisen eine solche Maßnahme bereits erfolgreich durchgesetzt worden. Die Mautpflicht auf der B 469 würde den Bürgerinnen und Bürgern entgegen kommen und sich positiv auf den Tourismus und den Zustand der Kreisstraßen auswirken. Die ödp/BLU bitte und wünsche daher, dass der Kreistag dem vorliegenden Antrag zustimme und die Verwaltung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger beauftrage, möglichst bald aktiv zu werde.

Kreisrat Schötterl bemerkte, dass die heute veröffentlichten Zahlen nicht so belastbar zu sein scheinen, dass der Kreistag eine Entscheidung treffen könne. Bezüglich des Antrages auf Mautpflicht seien weder die Zahlen des Ziel-, noch des Quellverkehrs eindeutig bekannt. Die Einführung der Mautpflicht auf der B 469 hätte eine Verlagerung des Schwerlastverkehrs auf Staats- und Kreisstraßen zur Folge und würde die heimische Wirtschaft treffen. Nach seiner persönlichen Meinung gebe es kein probates Mittel, diesen Verkehr wegzubringen. Dieser Verkehr habe, wenn es Zubringer zur Autobahn gebe, auf Staats- und Kreisstraßen nichts zu suchen. Es gebe auch keine gesetzliche Regelung, die diesen Verkehr verbiete. Und im Endeffekt würde sich kein LKW von einer Maut abschrecken lassen, wenn er günstiger von A nach B komme. Die Freien Wähler werden daher den Antrag auf Einführung von Maut auf der B 469 ablehnen.

Kreisrat Stolz meinte, es wäre gut, wenn per Gesetz geregelt werden könnte, dass Autos nur dort fahren dürfen, wo man sie gern hätte. Im Zusammenhang mit dem von Kreisrat Schötterl angesprochenen Ziel- und Quellverkehr sollte bedacht werden, dass man in einem Landkreis lebe, der allein von der Industrie, den vorhandenen Arbeitsstätten und der Logistik her auf die Nutzung von LKW's über 7,5 t angewiesen sei. Bedenke man nur, dass aus dem Logistikzentrum Weilbach täglich mehrere LKW's über die B 469 nach Frankfurt fahren. Würde die B 469 bemautet, würde genau das Gegenteil erreicht. Wenn man die im Verkehrsmodell vorgestellten Zeiten betrachte, könne man feststellen, dass der LKW-Verkehr von Norden nach Süden über die B 469 weniger Zeit brauche als über die A 5. Wenn er Maut zahlen müsste, würde er diese kürzeren Zeiten beanspruchen, zumal er einen Rechtsanspruch darauf habe. Unsere Region würde also durch eine Maut-Regelung mehr Verkehr bekommen und man müsste in ein paar Jahren über den weiteren Ausbau der B 469 nachdenken.

Kreisrat Frey wies darauf hin, dass jetzt drei Themen auseinander gerissen werde, die im Zusammenhang gesehen werden müssen. Es stimme, dass Maut nicht immer das probate Mittel sei. Eine Bemautung würde den Durchgangs- bzw. Ausweichverkehr durch das Maintal behindern. Außerdem seien der weitere Ausbau der B 469, die Errichtung eines Kreisel bei Kleinheubach und eine neue Mainbrücke geplant. Diese Maßnahmen stehen für ihn (Kreisrat Frey) im Zusammenhang. Stoßrichtung der ödp/BLU sei es, darauf aufmerksam zu machen, dass man einer Verkehrspolitik ausgesetzt sei, die darauf abziele, immer mehr Verkehr durch das Maintal zu lotsen. Damit hätten die Mitglieder der ödp/BLU ein Problem. Baudirektor Biller sei sehr intensiv auf die Verkehrsströme eingegangen. Er (Kreisrat Frey) habe dabei vermisst, dass der Verkehr nicht in Verbindung mit anderen Dingen (CO₂-Belastung, Lärm, Tourismusentwicklung usw.) betrachtet worden sei. Er sei daher der Meinung, dass die Folge von guten und immer noch besser ausgebauten Straßen noch mehr Verkehr sei. Davor hätten die Mitglieder von ödp/BLU Angst und wollen zur Besinnung mahnen, denn mit jedem Engpass, der heute behoben werde, werde das Problem der Belastung bis hin zum Verkehrschaos nur verstärkt. Sie regen deshalb an, im Moment keinem weiteren Ausbau des Fernstraßennetzes zuzustimmen und gemeinsam nach einer konsensfähigen Lösung zu suchen, die die Umweltprobleme berücksichtige. Erst wenn diese vorliege, sollten die Gelder, die jetzt eingespart werden, für eine vernünftige Lösung ausgegeben werden.

Landrat Schwing bemerkte, wenn Kreisrat Frey kritisiere, dass die Probleme aufgeteilt werden, müsse darauf hingewiesen werden, dass die ödp/BLU die entsprechenden Anträge gestellt habe. Vorschlag des Landrats sei es gewesen, über die Anträge im Herbst 2009 zu diskutieren, bis die Ergebnisse des Verkehrsmodells vorliegen, was sinnvoll gewesen wäre. Die ödp/BLU habe jedoch darauf bestanden, dass ihre Anträge in der heutigen Kreistagssitzung behandelt werden.

Kreisrat Scherf stellte folgenden Antrag zur Geschäftsordnung des Kreistages: Verschiebung der Abstimmung über den Maut-Antrag bis zum Vorliegen belastbarer Daten aus dem Verkehrsmodell. Es mache nämlich keinen Sinn, schon heute über diesen Antrag abzustimmen.

Landrat Schwing wies diesbezüglich darauf hin, dass sich der Kreistag am 28.05.2009 einstimmig mit der Verschiebung der Aussprache über das Verkehrsmodell für den Landkreis Miltenberg einverstanden erklärt habe, allerdings unter der Bedingung dass die Aussprache in der heutige Kreistagssitzung erfolge. Heute soll erneut eine Verschiebung beschlossen werden. Das halte er nicht für sinnvoll.

Auf Befragen von Landrat Schwing, ob ein Kreistagsmitglied gegen den vorliegenden Geschäftsordnungsantrag sprechen möchte, meldete sich Kreisrat Andre. Er erklärte, dass die Anträge der ödp/BLU klar formuliert seien und der Kreistag von Baudirektor Biller ausführliche Informationen erhalten habe, so dass heute über die Anträge abgestimmt werden könne.

In der sodann erfolgten Abstimmung lehnte der Kreistag den Geschäftsordnungsantrag von Kreisrat Scherf mit Stimmenmehrheit ab.

Des Weiteren erklärte sich der Kreistag auf Befragen von Landrat Schwing einstimmig damit einverstanden, dass die Redeliste nach Anhören der bestehenden fünf Wortmeldungen geschlossen werde.

Kreisrat Großkinsky sagte, er glaube nicht, dass der Mautausweichverkehr das Problem auf der B 469 sei, sondern der Stauausweichverkehr. Er glaube auch nicht, dass durch Mautpflicht auf der B 469 nur ein einziger LKW verhindert werden könne. Seiner Meinung nach sollte der Kreistag stolz auf das im Landkreis Miltenberg angesiedelte produzierende Gewerbe mit seinen Arbeitsplätzen und die Logistik-Arbeitsplätze sein.

Kreisrat Dr. Fahn fragte, wie groß der Anteil des Schwerlastverkehrs auf der B 469 sein müsste, um Mautpflicht einführen zu können. Die ihm vorliegenden Zahlen stammen aus dem Jahr 2001.

Baudirektor Biller erklärte dazu, dass die Kreisrat Dr. Fahn vorliegenden Zahlen EDV-Zahlen seien. Es müsse allerdings zwischen dem LKW-Verkehr, der mautpflichtig sei und dem LKW-Verkehr, der in die amtliche Verkehrszählung eingehe, unterschieden werden. Ein Ziel- und Quellverkehr habe im Rahmen des Ausweichverkehrs überhaupt nichts zu tun. Quellverkehr sei Inlandsverkehr, der nicht als Ausweichverkehr zähle. Deswegen können nur die Durchgangsverkehre betrachtet werden.

Auf die weitere Frage von Kreisrat Dr. Fahn nach dem Anstieg des Schwerlastverkehrs in den letzten drei bis vier Jahren, teilte Baudirektor Biller mit, dass in Aschaffenburg ca. 40.000 Fahrzeuge die B 469 nutzen. Wenn dort 8 % angenommen werden, seien es ca. 3.200 Schwerlastfahrzeuge. Wenn auf der Strecke Schneeberg – Amorbach von 10.000 bis 14.000 Fahrzeugen ausgegangen werde und davon 5 % Schwerlastverkehr angenommen werde, seien es weit aus weniger LKW's als im Raum Aschaffenburg. Der Anteil des Schwerlastverkehrs auf der B 469 müsse daher in Abschnitten gesehen werden. Bezüglich der Prüfung, ob Mautpflicht möglich sei, erklärte Baudirektor Biller, dass dies Simulationen des Bundes seien, die die Situation widerspiegeln. Es sei also vollkommen egal, wie die hiesigen Verkehre

im Detail beurteilt werden. Es gehe lediglich darum, den Gesamtverkehr zu betrachten, denn die Trennung Binnenverkehr vom Mautverkehr sei äußerst schwierig.

Kreisrat Scholz merkte zur Verschiebung des Tagesordnungspunktes folgendes an: Die ödp/BLU habe nicht zu verantworten, dass das Verkehrsmodell noch nicht vorliege. Dass im Landkreis Miltenberg ein großer LKW-Verkehr stattfindet, werden viele anwesende Bürgermeister bestätigen können. Die Menschen, die in ihren Ortschaften Tempo 30-Verkehr haben, hätten das Gefühl, dass sie jetzt eine viel größere Belastung durch LKW's hätten als früher. Daher folgende Frage an Baudirektor Biller: Liegen die aktuellen Zahlen der Verkehrszählung schon vor?

Landrat Schwing wies dazu darauf hin, dass bereits gesagt worden sei, dass die vorliegenden Zahlen aus dem Jahr 2005 stammen und alle fünf Jahre neu gezählt werde. Zu den Schuldzuweisungen von ödp/BLU müsse deutlich gesagt werden, dass der Kreistag nicht Auftraggeber des Verkehrsmodells gewesen sei. Dies sei eine Anregung von Baudirektor Biller und des Landrats gewesen. Bezahlt werde das Verkehrsmodell von Bund und Land, die darüber bestimmen und die Maßstäbe setzen.

Kreisrat Oettinger bemerkte an Kreisrat Frey gewandt, dass die Idylle der Miltenberger Höhe etwas anders aussehe als im Raum Miltenberg und am Untermain. Der Kreistag habe dafür zu sorgen, dass der Verkehr schneller und effizienter werde. Davon hängen viele Arbeitsplätze ab. Man sollte dankbar sein für jeden Kilometer, den die B 469 in Richtung Süden ausgebaut werde, weil dies wichtig für den Wirtschafts- und Wohnstandort Landkreis Miltenberg sei. Sonst müsste man sich noch komplett auf den Tourismus verlagern. Es sei aber zweifelhaft, ob der Tourismus die Arbeitsplätze, die jetzt bestehen, halten könnte.

Kreisrat Stappel schloss sich den Worten von Kreisrat Oettinger an. Wichtig für die Wirtschaft sei und bleibe der weitere Ausbau der B 469. Das Verkehrsaufkommen werde immer größer und dürfe nicht gebremst werden. Im Gegenteil: Je eher ein weiterer Ausbau komme, desto besser werde die Entlastung sein. Über Mautpflicht sollte gar nicht diskutiert werden, weil der Mittelstand schon genug geschädigt sei. Der Mittelstand werde niemals seine Zustimmung zur Einführung der Mautpflicht auf der B 469 geben.

Landrat Schwing wies darauf hin, dass Baudirektor Biller bereits deutlich gesagt habe, dass der Kreistag Miltenberg mit seinem Antrag auf Einführung von Mautpflicht auf der B 469 keinen Erfolg hätte, weil es einen Kabinettsbeschluss gebe, wonach keine Bundesstraßen bemautet werden dürfen. Wenn der Kreistag nicht wolle, dass die Belastung der Kreis- und Ortsstraßen, insbesondere der rechtsmainischen Straßen, dramatisch zunehme, müsse er vom vorliegenden Maut-Antrag Abstand nehmen. Im Landkreis Miltenberg befinden sich ca. 50 % der Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe. Ohne Mobilität könne die produzierende Wirtschaft jedoch nicht bestehen. Daher die Empfehlung, dem vorliegenden Maut-Antrag nicht näher zu treten.

Der Kreistag lehnte den Antrag von ödp/BLU auf Einführung von Mautpflicht auf der B 469 sodann mit Stimmenmehrheit ab.

Landrat Schwing gab sodann folgenden zweiten Antrag von ödp/BLU vom 11.06.2009 bekannt: „Die Verwaltung des Landkreises Miltenberg wird beauftragt, bei den Verkehrsministerien des Bundes und des Freistaates Bayern darauf hinzuwirken, dass ein weiterer Ausbau der B 469 unterbleibt.“ Er bemerkte dazu, dass Baudirektor Biller bereits mit Zahlen deutlich belegt habe, dass der Kreistag Miltenberg darüber nicht zu entscheiden habe, sondern dies ausschließlich Angelegenheit des Bundes sei.

Kreisrat Dr. Fahn erklärte, dass er ohne konkrete Zahlen nicht über diesen Antrag abstimmen könne. Er schlug vor, die Zahlen abzuwarten, die im Herbst 2009 vorgelegt werden.

Landrat Schwing sagte dazu, dass die Antragsteller die Behandlung ihres Antrages in der heutigen Sitzung gefordert hätten. Er könne Kreisrat Dr. Fahn jedoch die Entscheidung erleichtern, denn es gehe nicht darum, dass der Kreistag heute einen endgültigen Beschluss fasse. Der Kreistag habe nämlich gar nichts zu beschließen. Er könne höchstens den Bund bitten, etwas zu tun. Wenn der Bund Planungen einleite, werden der Kreistag um Stellungnahme gebeten und die beteiligten Kommunen zwangsläufig am Verfahren beteiligt. Deshalb auch zu diesem Antrag die Empfehlung auf Ablehnung.

Kreisrat Dr. Linduschka bat die Antragsteller, diesen viel zu pauschalen Antrag zurückstellen. Jedes Kreistagsmitglied könne zwar entweder mit Ja oder Nein stimmen, aber damit käme seiner Ansicht nach vom Kreistag das falsche Signal. Wenn man für den weiteren Ausbau stimme, setze man das Signal wie von Kreisrat Stappel gefordert. Die Entscheidung sollte aber die Politik, nicht der Mittelstand oder die Wirtschaft treffen. Es gebe schließlich noch andere Dinge, die zu beachten seien, als schnellen Verkehr. Er (Kreisrat Dr. Linduschka) könne nach guter Überlegung dem vorliegenden Antrag heute nicht zustimmen und empfehle dringend, den Antrag im Hinblick auf die gegenwärtige Situation zurückzustellen.

Kreisrat Frey schloss sich der Empfehlung von Kreisrat Dr. Linduschka an, weil er denke, dass eine begründete Ablehnung des Antrages der ödp/BLU nach Vorliegen des Verkehrsmodells und der Zahlen sinnvoller wäre als eine unbegründete Ablehnung. Er gehe davon aus, dass zuverlässige Werte vorgelegt werden. Aufgrund der Diskussion sei ihm klar, dass dann Erkenntnisse zum Klimaschutz usw. bekannt werden. Außerdem wisse er, dass der vorliegende Antrag mit großen Verwerfungen verbunden sei. Wenn die Politik allerdings nicht rechtzeitig reagiere, bestehe die Gefahr, dass man sich von Sachzwängen und Wirtschaftlichkeitsüberlegungen in eine Sackgasse treiben lasse, aus der man nicht mehr herauskomme. Für diese Überlegungen gebe es offensichtlich kein Verständnis. Er (Kreisrat Frey) stimme dem Vorschlag von Kreisrat Dr. Linduschka auf Zurückstellung des Antrages zu, sei jedoch frustriert darüber, in welcher Art und Weise der Kreistag über den Antrag diskutiere.

Landrat Schwing erklärte, er sei nicht der Meinung, dass der Antrag von ödp/BLU bezüglich des weiteren Ausbaues der B 469 zurückgestellt werden sollte. Es mache nämlich keinen Sinn, wenn der Antrag in ein paar Monaten, wenn erst einige Informationen vorliegen, erneut gestellt werde.

Auf Befragen von Landrat Schwing zog Kreisrat Frey den Antrag der ödp/BLU, die B 469 nicht weiter auszubauen, zurück.

Landrat Schwing führte sodann zur Situation im Südspessart folgendes aus: Dieses Thema werde seit Anfang der 90-er Jahre intensiv diskutiert. Bereits im Juli 1996 sei eine erste länderübergreifende Abstimmung erfolgt. Im August 1998 sei der seinerzeitige bayerische Innenminister Dr. Beckstein in Freudenberg gewesen und habe erstmals die Zusage über die Kostenbeteiligung des Freistaates Bayern an einer gemeinsamen Brücke Bereich Freudenberg – Kirschfurt erteilt und zwar unter der Voraussetzung der Kostenbeteiligung des Landes Baden-Württemberg. Er habe dabei auch den betroffenen Bürgermeistern gesagt, sie sollen sich über den Standort der Brücke verständigen. Seit dieser Zeit sei der Standort Kirschfurt – Freudenberg im Gespräch, nicht genau wo, aber in diesem Raum. In der Zwischenzeit sei in Gemeinderatssitzungen immer wieder kritisiert worden, dass alles zu langsam vorangehe.

Im August 2005 sei der bayerische Staatskanzleiminister Huber vor Ort gewesen und habe sich mit dem baden-württembergischen Staatsminister Reinhart getroffen. Dabei habe Minister Huber angekündigt, dass das Planfeststellungsverfahren schon 2007 eingeleitet werde. Im Januar 2008 seien dann massive Forderungen nach einem anderen Brückenstandort nicht im Raum Freudenberg, sondern in Dorfprozelten gestellt worden. Dies also 10 Jahre nach dem ursprünglich festgelegten Standort und bereits erfolgten Überlegungen und Unter-

suchungen. Darüber hinaus sei der Vorwurf gekommen, alles müsste viel schneller gehen. Aber jeder, der politisch Verantwortung trage, kenne die Zeiträume für Planungen, Genehmigungen und Aufnahme in staatliche Förderprogramme.

Am 24.07.2009 habe im Landratsamt Miltenberg ein Gespräch stattgefunden, an dem Baudirektor Biller und sein Kollege vom Staatlichen Bauamt Stuttgart sowie Landrat Schwing, die beteiligten Bürgermeister und Vertreter der Bürgerinitiative teilgenommen hätten. Moderiert worden sei das Gespräch von IHK-Geschäftsführer Engelmann. Es sei ein gutes Gespräch ohne Verletzungen gewesen, es habe allerdings auch das Grundproblem der Diskussion deutlich gemacht. Die Bürgerinitiative argumentiere aus persönlicher, aus unternehmerischer und ortsspezifischer Betroffenheit. Das sei absolut legitim, aber es werde von einigen offensichtlich verkannt, dass das Land baue und das Land eben andere Maßstäbe und Kriterien ansetzen müsse als beispielsweise eine Gemeinde oder ein Landkreis. Land und Bund müssen sich bezüglich Straßenbaumaßnahmen an überregionale Entwicklungsachsen orientieren. D.h. örtliche Probleme müssen örtlich gelöst werden.

Fazit:

1. Bauherr der neuen Mainbrücke sei nicht der Landkreis Miltenberg, sondern die Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern. Sie seien zuständig für den überörtlichen Verkehr.
2. Wer nach über 10 Jahren Planungsarbeit ganz neue Standorte fordere, verschiebe die Realisierung, wo auch immer ein neuer Standort sein möge, auf den nicht kalkulierbaren „St. Nimmerleinstag“. Kein Mensch könne sagen, wo und wann ein neuer Standort zur Ausführung komme.
3. Wäre in der Vergangenheit bei anderen wichtige Straßenbauprojekten im Landkreis Miltenberg so gehandelt worden, gäbe es heute keine Brücke Sulzbach a.Main – Niedernberg, keine Umgehung Bürgstadt, keine Umgehung Raum Miltenberg und keine vierspurig ausgebaute B 469. Das hätte katastrophale Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landkreises Miltenberg, auf die Arbeitsplätze und Unternehmen und letztendlich auf die Lebensqualität gehabt.
4. Der einzig richtige Weg für den Raum Südspessart sei das Angehen von Einzelprojekten, so wie sie umsetzbar und finanzierbar seien. Derartige Projekte gebe es in der Zwischenzeit mehrere, nämlich
 - die Ortsrandstraßenweiterführung Faulbach (Beginn im Jahr 2010),
 - die Brücke Kirschfurt – Freudenberg mit Tunnel Freudenberg mit hoher Priorität,
 - die Hochwasserfreilegung Stadtprozelten mit Umgehungsstraße,
 - anschließend daran weitere Maßnahmen in Dorfprozelten und Collenberg,
 - Kreisstraßenausbau Altenbuch – Dammbach, Restausbau durch die Landkreise Miltenberg und Aschaffenburg, auch als Zubringer zur A 3.

Auf alle diese Argumente hätten Baudirektor Biller und der Landrat ganz bewusst wenige Wochen vor der Kommunalwahl auf einer Veranstaltung in Dorfprozelten hingewiesen. Dies sei auf Bitten der Bürgermeister auf mehr Informationen erfolgt. Der bei der heutigen Sitzung anwesende Journalist des „Bote vom Untermain“, Herr Kümmel, habe dazu am 17.01.2008 folgenden Kommentar geschrieben: „Eine schöne Vision: Mit dem Bau der Mainbrücke beginnen die Planungen der Ortsumgehungen Faulbach und Stadtprozelten. Gleichzeitig werden die Engstellen in Collenberg und Dorfprozelten beseitigt. All das wird hoffentlich auch bald geschehen, aber sicher nicht gleichzeitig und vieles davon auch nicht schnell. Von jeder Millioneninvestition erwartet jeder eine sofortige Verbesserung seiner Situation. Das kann aber keiner der diskutierten Standorte leisten. Zwischen Freudenberg und Wertheim wird es Orte geben, die mehr und andere Orte geben, die weniger profitieren. Da ist die Lösung Collenberg – Freudenberg die beste. Der größte Kostenblock ist dann finanziert und macht die Beseitigung der weiteren Engpässe wahrscheinlich.“

Dem sei aus Sicht des Landrats nichts hinzuzufügen. Er könne nur alle bitten, sich in diesem Sinne einzusetzen und die Planungen am Standort Kirschfurt – Freudenberg zu unterstützen, damit dieser Weg konsequent weiter beschritten werden könne.

Kreisrat Scherf äußerte, dass es nach Ansicht von Bündnis 90/Die Grünen beim Verkehr nicht um schneller, weiter, billiger gehe, sondern darum, im Landkreis Miltenberg eine zukunftsfähige Verkehrsstruktur zu erreichen. Es müsse vor allem ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden. Auch dürfe nicht nur an Straßen und LKW's gedacht werden, sondern es müsse auch die Lebensqualität und die Einzigartigkeit des Maintales erhalten bleiben. Es bestehe sonst die Gefahr, dass man das Maintal in einigen Jahren nicht mehr wieder erkenne.

Kreisrat Scherf bat sodann um Beantwortung folgender Fragen:

- Wie beurteile das Staatliche Bauamt Aschaffenburg die Auswirkungen des Brückenbaues Kirschfurt – Freudenberg auf die Anwohnerinnen und Anwohner sowie auf die engen Ortsdurchfahrten im Südspessart?
- Was passiere, wenn die Brücke, aber der Tunnel in Freudenberg nicht realisiert werde mit der Folge, dass der jetzt noch linksmainische Verkehr auf die rechtsmainische Schiene verlagert werde?
- Sei es sinnvoll, jetzt über Brückenstandorte zu entscheiden, bevor das Verkehrsmodell vorliege?
- Was sei der Grund für die Beurteilung, dass Collenberg von der Zukunftsentwicklung durch die Abstufung einer Straße abgekoppelt werde?

Baudirektor Biller antwortete darauf wie folgt: Zur Beurteilung, wie sich die Brücke und die Fortführung dieser Trassenvariante auf die Bevölkerung Kirschfurts auswirken werde, könne mitgeteilt werden, dass es neue Betroffenheiten gebe, die im rechtlichen Rahmen geschützt seien. D.h., in Wohngebieten müssen die Lärmwerte eingehalten werden. Dieser Anspruch werde erfüllt werden. Es sollte in diesem Zusammenhang bedacht werden, dass die Anwohnerinnen und Anwohner schon jetzt Belastungen ausgesetzt seien. In der Ortsdurchfahrt von Kirschfurt werde es künftig Entlastungen, aber auch neue Belastungen geben. Die Belastungen werden jedoch nicht die Grenzwerte überschreiten, was nach dem jetzigen Stand der Technik möglich sei. Das gleiche Problem bestehe in Bürgstadt, wo noch näher an der Bebauung 3 m bis 5 m hohe Lärmschutzwände errichtet werden. Grundstücke, die nicht mehr bewohnbar seien, müssen abgerissen werden. Nach dem Kenntnisstand des Staatlichen Bauamtes müsse kein Grundstück abgelöst werden, aber die Anwohnerinnen und Anwohner müssen durch Lärmschutzwände geschützt werden. Zum Vergleich: Derzeit liege eine Belastung durch ca. 6.000 Fahrzeuge vor. Würde sich diese Zahl auf ca. 12.000 Fahrzeuge verdoppeln, würde die höhere Belastung nur drei Dezibel ausmachen. Im vorliegenden Fall werde es jedoch nicht zu einer Doppelbelastung kommen. Darüber werde aber das Verkehrsmodell Auskunft geben. Die Probleme aus lärmtechnischer Sicht seien also gut lösbar. Für die neue Brücke werde eine Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Regierungspräsidium Stuttgart und der Regierung von Unterfranken bzw. dem Staatlichen Bauamt Aschaffenburg abgeschlossen, über die der Bau der Brücke gemeinsam abgewickelt werde. Für die Straßenbauverwaltung sei es wichtig, dass die Verkehre aus Würzburg und Frankfurt über die A 3 in die Mittelzentren Miltenberg und Obernburg/Erlenbach/Elsenfeld einfahren können. Nachdem heute nicht bekannt sei, welche Industrie sich in 25 Jahren angesiedelt haben werde, gehen die Untersuchungen von einem Potenzial an Gewerbegebieten aus. Des Weiteren werde untersucht, wie der Binnenverkehr sein werde. Ein vorliegendes Verkehrsgutachten bestätige, dass die Entlastung der Ortsdurchfahrt Freudenberg nur über eine Brücke Kirschfurt – Freudenberg möglich sei. Die Abstufung der Straße Kirschfurt – Freudenberg sei im BayStrWG geregelt. Danach sei eine Straße, die ihre Verkehrsbedeutung verliere, abzustufen. Aus dem Blickwinkel der Bürger betrachtet gebe es verständlicherweise andere Ziele, die zum Teil in die geplanten Maßnahmen integriert seien.

Kreisrätin Almritter legte dar, dass sie seit 1990 dem Gemeinderat Dorfprozelten angehöre und seit dieser Zeit um eine Veränderung der Verkehrssituation im Südspessart gekämpft werde. Es sei mehrmals versucht worden, auch andere Brückenstandorte ins Gespräch zu bringen, aber jedes Mal sei argumentiert worden, es werde noch Jahre dauern, bis sich überhaupt eine Brückenlösung abzeichne. Diesbezüglich gebe es auch Schriftverkehr seitens der Gemeinde. Sie habe Baudirektor Biller heute dafür danken wollen, dass die Verkehrsanalyse vorliege, die vor 1 ½ Jahren in einem Gespräch mit der SPD-Fraktion Aschaffenburg für den Herbst 2008 zugesagt worden sei. Sie sei entsetzt darüber, dass das Verkehrsmodell erst im Mai 2009 in Auftrag gegeben worden sei und erst im Jahr 2010 die konkreten Zahlen vorliegen sollen. Sie halte es daher für sinnlos, heute eine Diskussion zu führen, zu der noch keine genauen Zahlen vorliegen und noch nicht bekannt sei, wo Ziel- und Quellverkehre stattfinden. Nachdem die Diskussion in der Bevölkerung des Südspessarts zum Teil sehr emotional sei, sei sie (Kreisrätin Almritter) der Meinung, dass es die politische Aufgabe des Kreistages sei, auf die Betroffenen zuzugehen und Gespräche zu führen, um Unklarheiten zu beseitigen. Die im Südspessart geplanten Maßnahmen betreffen nicht nur die Anwohnerinnen und Anwohner, sondern auch die Unternehmen. So habe sich z.B. ein großes Dorfprozelten Unternehmen mehrfach für einen anderen Brückenstandort eingesetzt. Auch darauf sollte eingegangen werden. Außerdem sei nicht zu verstehen, warum eine großräumige Umfahrung von Kirschfurt nicht möglich sein soll.

Kreisrätin Almritter erinnerte sodann an einen Ortstermin an der Mainbrücke Sulzbach a.Main – Niedernberg, an welchem von den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Bürgermeister in einer Demonstration von den Kreistagsmitgliedern und den Vertretern des Staatlichen Bauamtes ein Kreisel gefordert worden sei. Seinerzeit sei erklärt worden, dass kein Kreisel möglich sei. Heute seien dort drei Kreisel vorhanden. Abschließend bat Kreisrätin Almritter noch einmal darum, bezüglich der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Südspessart nicht mit „Basta“-Sätzen zu entscheiden, sondern auf die Betroffenen im Südspessart zuzugehen.

Landrat Schwing bestätigte, dass die Forderung nach einem Kreisel auf Sulzbacher Seite im Bereich der Mainbrücke zunächst abgelehnt worden sei. Dies sei allerdings vor der Ausschreibung der Brückenbauarbeiten und bevor klar gewesen sei, welche Brücke gebaut werde, geschehen. Wäre eine konventionelle Brücke gebaut worden, wäre wegen des Höhenunterschiedes kein Kreisel möglich gewesen. Erst nach der Entscheidung für eine Stabbogenbrücke sei ein gefahrloser Kreisel möglich geworden. Der Kreisel in Niedernberg, der nachträglich gebaut worden sei, sei zunächst von der Regierung von Unterfranken wegen des zu niedrigen Verkehrsaufkommens abgelehnt worden. Dass der Landkreis Miltenberg im Südspessart bisher zu wenig getan habe, stimme nicht. Das Gegenteil sei der Fall: Der Landkreis Miltenberg habe seine Hausaufgaben dort gemacht. Zu nennen seien diesbezüglich der Ausbau der Straße Mönchberg - Collenberg und der Ausbau der Straße von Stadtprozelten bis zur Landkreisgrenze. Was den Brückenbau im Südspessart anbelange, müsse darauf hingewiesen werden, dass erst seit 1998 klar sei, dass sich der Freistaat Bayern in Verbindung mit Baden-Württemberg überhaupt finanziell beteilige.

Kreisrat Ritter erinnerte daran, dass der Südspessart 1972 zum Landkreis Miltenberg gekommen sei. 1974 sei dann erstmals die Straßenweiterführung von Collenberg bis Bürgstadt Thema gewesen. Eine Brücke sei zu dieser Zeit noch nicht im Gespräch gewesen. Die Naturschutzbehörde habe dazu erklärt, dass es für eine Straßenführung auf dieser Seite keine Chance gebe. Daraufhin habe man sich um weitere Lösungen bemüht. In der Zwischenzeit seien viele Maßnahmen zum Anschluss des Südspessarts an den Landkreis Miltenberg realisiert worden wie z.B. die Umgehung Faulbachs, die Beseitigung des Kurvenproblems in Dorfprozelten usw.. Es sei also immer versucht worden, Hilfe zu leisten, wo es notwendig gewesen sei. Die ganz enge Arbeit habe jedoch erst angefangen, als auf Bitten von MdL Ritter der damalige Innenminister Dr. Beckstein in den Landkreis Miltenberg gekommen sei. Bevor über eine Brücke im Südspessart gesprochen worden sei, sei die Umgehung Freu-

denbergs im Gespräch gewesen. Die Stadt Freudenberg habe dazu die Planungen mit einer Brücke durchgeführt. Minister Dr. Beckstein sei bei diesem Besuch gefragt worden, ob der Freistaat Bayern die Hälfte der Kosten übernehme, weil die Landesgrenze im Main liege. Er habe dazu seine Zusage erteilt. In 33 Jahren Landtagszugehörigkeit habe er (Kreisrat Ritter) viele Probleme und Demonstrationen erlebt. Er denke nur an die Brückenbauten in Oberburg a.Main und Sulzbach a.Main und die Umgehungen von Laudenbach und Miltenberg. Dem heutigen Kreistag gehören noch Mitglieder an, die seinerzeit gegen einen vierspurigen Ausbau der B 469 gewesen seien. Nachdem die Entwicklung nicht aufgehalten werden könne, sei er (Kreisrat Ritter) der Meinung, dass es im Südspessart garantiert keine zwei Brücken geben werde. Und wenn jetzt neu zu planen begonnen werde, werde es im Südspessart in den nächsten 15 Jahren keine Brücke geben. Die Planungen für eine Brücke Kirschfurt – Freudenberg seien so gut, dass jetzt zu diesem Brückenstandort Ja gesagt werden sollte.

Kreisrat Scholz dankte Baudirektor Biller dafür, dass er sich für die heutige Diskussion Zeit genommen habe. Es sei die Bitte der ödp/BLU gewesen, das Thema im Kreistag zu behandeln, auch wenn dies keine ursächliche Kreisangelegenheit sei. Aufgrund eines Zitates in der Wochenendausgabe des „Bote vom Untermain“ frage er, ob das neue Verkehrsmodell auch Alternativen zum bisher geplanten Standort untersuche. Dies zu wissen wäre vor Beginn der Planung des Brückenstandortes wichtig. Die weitere Frage sei, ob der Tunnel Freudenberg schon beschlossen sei. An Kreisrat Stappel gewandt wies Kreisrat Scholz darauf hin, dass auch der im Südspessart angesiedelte Mittelstand Interessen geäußert habe, die ebenfalls berücksichtigt werden müssten.

Auf Befragen von Landrat Schwing erklärte sich der Kreistag einstimmig damit einverstanden, dass die Redeliste nach den sechs gemeldeten Wortbeiträgen geschlossen werde.

Kreisrat Dr. Linduschka sagte, nach allen Äußerungen, auch brieflicher Art, stelle sich die Lage für ihn so dar, dass es von staatlicher Seite Bayerns und Baden-Württembergs aus tatsächlich keine ernsthafte Alternative zum Brückenstandort Kirschfurt – Freudenberg gebe. Das diesbezügliche Schreiben sei eindeutig. Auch wenn man das bedauere, werde man an den Realitäten nicht vorbeikommen. Wenn man die Lage in den letzten 10 Jahren in Freudenberg betrachte, könne kein Kreistagsmitglied bestreiten, dass die Situation dort so zum Himmel schreie und dass Handlungsbedarf mehr als dringlich sei. Sein Vertrauen in den bayerischen Innenminister Herrmann sei sehr groß. Er habe bereits eindeutig erklärt, dass es zum Standort Kirschfurt – Freudenberg keine Alternative gebe und dass dieser Brückenstandort von Bayern und Baden-Württemberg mit Vorrang betrieben werde. Außerdem habe er eindeutig von der Kombination Tunnel- und Brückenbau gesprochen, zumal für Tunnelbohrungen bereits 300.000,00 € ausgegeben worden seien. Mehr Vorfestlegungen seien nicht vorstellbar. Nach Meinung von Kreisrat Dr. Linduschka könne man es sich nicht leisten, nach jahrzehntelangen Vorarbeiten auf die bevorstehende Lösung zu verzichten. Vielleicht bestehe in späteren Jahren die Notwendigkeit zum Bau einer weiteren Brücke in Richtung Wertheim. Eine solche Brücke werde aber nicht in Länderverantwortung laufen. Er (Kreisrat Dr. Linduschka) könne nur davor warnen, den Brückenbau Kirschfurt – Freudenberg auf die lange Bank zu schieben und Alternativen zu überlegen.

Landrat Schwing berichtete, dass der Innenminister von Baden-Württemberg in einem Brief ebenfalls nur den Brückenstandort Kirschfurt – Freudenberg befürworte und auch das Regierungspräsidium Stuttgart gesagt habe, Tunnel und Brücke bei Freudenberg hätten höchste Priorität. Lt. Aussage von Bürgermeister Hofmann, Freudenberg, seien für Bohrungen und Untersuchungen an diesem Brückenstandort bereits über 1 Mio. € ausgegeben worden. An der Ernsthaftigkeit der Baden-Württemberger brauche man daraufhin nicht zweifeln.

Kreisrätin Kappes dankte Kreisrat Dr. Linduschka für seine Ausführungen. Diesen wolle sie nur noch folgendes hinzufügen: Würde jetzt ein anderer Brückenstandort ins Gespräch gebracht, würde die gesamte Entwicklung im Südspessart verzögert. Das wäre alles andere als

-eine Stärkung des ländlichen Raumes und gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern des Südspessarts nicht ehrlich. Kreisrätin Kappes gab zu, dass sie auch gern eine Lösung vor der Haustür hätte. Dies wäre zwar wünschenswert, aber nicht realisierbar. Sie halte es für wichtig, die Bürgerinnen und Bürgern besser aufzuklären und ihnen deutlich zu sagen, dass die Länder Bayern und Baden-Württemberg keine andere Möglichkeit für einen Brückenneubau als am Standort Kirschfurt – Freudenberg sehen.

Kreisrat Dr. Fahn wies darauf hin, dass Ökonomie und Ökologie berücksichtigt werden und in die Planungen einfließen müssen. Baudirektor Biller stellte er die Frage, ob ein Staatsvertrag abgeschlossen werde. Weiter sagte er, dass er die Arbeit der Bürgerinitiative nicht negativ sehe. Leider werde deren Arbeit kritisiert und die Mitglieder werden angegriffen. Tatsache sei, dass die Bürgerinitiative Ortskenntnisse habe und sich engagiere. Sie habe Argumente und Unterschriften von Unternehmen gesammelt, die ernst genommen werden sollten. Außerdem sollte versucht werden, mit der Bürgerinitiative zu einem Konsens zu kommen. Dies fordere auch die Senioren-Union. Damit sollen jedoch die Bemühungen der letzten 20 Jahre nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Weiter wies Kreisrat Dr. Fahn darauf hin, dass im Regionalplan seit einem Jahr ein zweiter Brückenstandort ausgewiesen sei. Wer habe dies in den Regionalplan eingesetzt und warum sei die Aufnahme erfolgt, wenn von vornherein klar sei, dass keine zweite Brücke gebaut werde?

Landrat Schwing sagte dazu, er wisse nicht, wen Dr. Fahn gemeint habe, als er von Angriffen auf die Bürgerinitiative gesprochen habe. Den Landrat könne er damit nicht gemeint haben. Er habe bereits gesagt, dass die Bürgerinitiative aus persönlicher, unternehmerischer oder ortsspezifischer Betroffenheit heraus argumentiere. Das sei absolut legitim. Der Landrat habe sich der Diskussion gestellt. Dies sei am 24.07.2009 und bereits vor der Kommunalwahl erfolgt. Er habe dazu nicht bis nach der Kommunalwahl gewartet, sondern schon vorher die Bürgermeister und die dazugehörigen Stadt- und Gemeinderäte zu einem Gespräch mit Baudirektor Biller nach Dorfprozelten eingeladen. Dabei sei ausführlich diskutiert worden. Außerdem sei das Thema in Wahlveranstaltungen und anlässlich eines CSU-Kreisparteitages im Südspessart ausführlich behandelt worden. Der Landrat lasse sich von niemandem in seinem Engagement der letzten Jahrzehnte um die Entwicklung des Südspessarts übertreffen. Er habe allerdings die große Sorge, dass wertvolle Zeit verloren gehe. Das wäre höchst gefährlich, denn damit könnte die Zukunft des Südspessarts „verfrühstückt“ werden. Schließlich gehe es um einen ganzen Raum und da könne man nicht dafür und gleichzeitig dagegen sein.

Kreisrat Dr. Steidl bemerkte, er habe Verständnis dafür, das kleine Gruppierungen immer danach suchen, wo Bürgerproteste aufgegriffen werden können, um Wählerstimmen zu erhalten. Es klinge auch sympathisch, wenn man sage, es müsse noch mehr diskutiert und Gutachten eingeholt werden. Man sollte aber man überlegen, was die Folge davon sei. Im vorliegenden Fall wäre die Folge, dass in den nächsten 15 Jahren gar kein Brückenbau verwirklicht werde. Selbstverständlich müssen bei einem Brückenbau, wie von Kreisrat Dr. Fahn angesprochen, Ökologie und Ökonomie abgewägt werden. Das sei aber für den Standort Kirschfurt – Freudenberg bereits erfolgt. Ein Regionalplan sei auf längere Zeiträume ausgelegt. Wenn der Südspessart gefördert werde und die Entwicklung weitergehe, werden vielleicht künftige Zahlen einen weiteren Brückenstandort in diesem Raum rechtfertigen.

Kreisrat Stappel äußerte die Meinung, dass Baudirektor Biller die im Südspessart bestehende Situation so dargestellt habe, dass jedem Kreistagsmitglied klar sei, was wie machbar sei. Ihn störe, dass in einer Diskussion über eine Baumaßnahme, die Millionen koste und den Landkreis Miltenberg finanziell nicht belaste, alles was positiv sei kaputt geredet werde. Er gehe davon aus, dass auch Kreisrat Scholz vernommen habe, dass die Bürgerinnen und Bürger im Südspessart nach dem Brückenneubau weniger Belastungen als bisher ausge-

setzt sein werden. Wenn die diesbezüglichen Aussagen nicht genügen, sollte sich Kreisrat Scholz nach den Messwerten erkundigen. Die vorgelegten Planungen seien nach Ansicht von Kreisrat Stappel so, dass sie akzeptiert werden müssen. Wer dagegen sei, liege falsch.

Von Kreisrat Rüth wurde darauf hingewiesen, dass von Kreisrat Dr. Fahn in den Raum gestellt worden sei, die Argumente der Bürgerinitiative würden nicht ernst genommen. Das stimme nicht. Tatsache sei, dass die Mitglieder der CSU-Fraktion mit der Bürgerinitiative lange Diskussionen sowie Schriftverkehr und Telefonate geführt habe. Außerdem gebe es Schreiben von Unternehmen aus dem Südspeessart, die den Bau der Brücke Kirschfurt – Freudenberg favorisieren. Diese Brücke soll gemeinsam von Bayern und Baden-Württemberg gebaut werden. Seitens der beiden Länder gebe es die klare Aussage, dass Brücke und Tunnel zusammen gehören und gemeinsam realisiert werden müssen. Deswegen sollte von der heutigen Sitzung das Signal ausgehen, dass der Kreistag Miltenberg geschlossen für den Brückenstandort Kirschfurt – Freudenberg eintrete.

Landrat Schwing dankte abschließend für die Diskussion und sprach die Hoffnung und den Wunsch aus, dass der Brücken- und Straßenbau im Südspeessart wie geplant vorangebracht werde.

Tagesordnungspunkt 3:

Jahresabschluss der Sparkasse Miltenberg-Obernburg zum 31.12.2008

Der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Miltenberg-Obernburg, Direktor Feußner, erläuterte den allen Kreistagsmitgliedern vorab überlassenen und im Kreistagsinformationssystem eingestellten Jahresabschluss der Sparkasse Miltenberg-Obernburg per 31.12.2008.

Landrat Schwing dankte für den Bericht, aus dem ersichtlich sei, dass das Jahr 2008 ein schwieriges Jahr für die gesamte Bankenlandschaft gewesen sei. Die Sparkasse Miltenberg-Obernburg habe noch relativ gut abgeschnitten und sei nach wie vor ein Hort der Stabilität. In der heutigen schweren Zeit wüssten die Kunden diese Stabilität besonders zu schätzen. Dies gelte auch für die Genossenschaftsbanken. Die Sparkasse habe aber nicht nur die Geschäfte ordnungsgemäß absolviert, sondern eine ganze Reihe von strukturellen Veränderungen sowie die Umstellung auf die Systeme der Finanz Informatik gut gemeistert. Dies sei fast unbemerkt von den Kunden erfolgt. Landrat Schwing bat Direktor Feußner, den Dank des Kreistages und der Landkreisverwaltung dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sparkasse Miltenberg-Obernburg, die zu dem guten Ergebnis beigetragen hätten, zu überbringen.

Kreisrat Scholz sagte, eine Steigerung des Jahresergebnisses um 2 Mio. € = 2 % sei aller Ehren wert. Für diese hervorragende Leistung in schwieriger Zeit müsse man Direktor Feußner und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beglückwünschen. Auf diese Sparkasse könne man stolz sein. Er habe Direktor Feußner als offenen und fairen Gesprächspartner kennen gelernt. Kreisrat Oettinger werde sich freuen zu hören, dass er (Kreisrat Scholz) beruflich gute Erfahrungen mit der Sparkasse gemacht habe. Er habe ja immer kritisiert, dass kommunale GmbH's Sparkassen nicht in Anspruch nehmen würden. Bezüglich der stillen Einlagen fragte Kreisrat Scholz, ob hier noch mögliche Gefahren gesehen werden. Zur Beteiligung der Sparkasse an der LB Berlin bat er um Auskunft über die Dividendenentwicklung und ob eine Abschreibung stattgefunden habe. Enttäuscht äußerte sich Kreisrat Scholz über ein Zitat aus dem diesjährigen Prognosebericht, wonach konsequent eine Personalreduzierung angestrebt werde. In den letzten Jahren hätten bereits viele qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Sparkasse verlassen, in den letzten zwei Jahren seien knapp 10 %

Personal abgebaut worden. Wie werde dieser Know-how-Verlust aufgefangen? Darüber hinaus habe die Anzahl der Auszubildenden stark abgenommen. Während diese Anzahl letztes Jahr noch 46 betragen habe, betrage sie dieses Jahr nur noch 34. Dazu die Bitte um Erhöhung, um jungen Menschen eine Chance zu geben. Was die Schließung von Geschäftsstellen betreffe, bat Kreisrat Scholz zu überlegen, ob es möglich sei, dort, wo Schließungen erfolgt seien, Geldausgabeautomaten sowie Kontoauszugdrucker zu installieren. Kreisrat Scholz wies sodann auf den im letzten Jahr von der ödp/BLU gestellten Antrag auf Verkleinerung des Verwaltungsrates hin, für den jährlich 98.00,00 € aufgewendet werden. Der Verwaltungsrat der Sparkasse Miltenberg-Obernburg sei doppelt so groß wie er sein dürfe. Direktor Feußner habe dazu gesagt, dass die Frage des Verwaltungsrates politisch entschieden werde und Landrat Schwing habe gesagt, dass der Verwaltungsrat selbst über die Größe bestimme. Dazu die Frage, wo dies geregelt sei und wer letztendlich die Größe des Verwaltungsrates festlege.

Direktor Feußner teilte zur Anfrage nach den stillen Einlagen mit, dass mit der Abschreibung noch nicht begonnen worden sei, weil bei der Erstellung der Bilanz noch nicht klar gewesen sei, was dieses Jahr passiere. Es werde davon ausgegangen, dass die stillen Anlagen im zweiten Jahr hintereinander nicht verzinst werden. Man werde dieses Jahr damit beginnen, die stillen Anlagen abzuschreiben. Die Dividendenentwicklung der LB Berlin sei gleich Null, d.h. im Jahr 2008 sei keine Ausschüttung erfolgt. Es werde jedoch davon ausgegangen, dass die LB Berlin schnell wieder auf die Füße komme. Zum Personalmanagement könne mitgeteilt werden, dass die Sparkasse Miltenberg-Obernburg Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verloren habe, was bedauerlich sei. Es werde aber kein Know-how-Verlust gesehen, weil zwischenzeitlich schon wieder hoch qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt worden seien. Das Thema Auszubildende sehe er (Direktor Feußner) ähnlich. Derzeit liege es nicht daran, dass die Sparkasse keine Auszubildende einstellen wolle, sondern daran, dass man im Moment nicht die Bewerberinnen und Bewerber bekomme, die man haben wolle. Es würden mehr junge Menschen eingestellt, wenn diese den Qualitätsansprüchen gerecht würden. Größter Konkurrent sei die Universität. Die Sparkasse versuche, gute Abiturienten zu bekommen und das könne nur mit Bachelor- und Masterlehrgängen erreicht werden. Es müsse aber auch aufgepasst werden, dass nicht zu viele Auszubildende eingestellt werden, denn als Arbeitgeber oder Ausbildungsbetrieb mache man sich den guten Ruf kaputt, wenn nach Beendigung der Ausbildungszeit keine hohe Quote übernommen werden könne. Letztes Jahr seien alle Auszubildenden in ein Arbeitsverhältnis übernommen worden. Dieses Jahr werde man wieder mehr Auszubildende einstellen als im vergangenen Jahr. Zum Thema Zweigstellenschließungen sei zu sagen, dass nicht beabsichtigt sei, das vom Verwaltungsrat genehmigte Konzept zu öffnen. Im Moment gebe es noch zwei Brennpunkte, nämlich Südspessart und Laudenbach. Dafür werde nach Lösungen gesucht. 95 % der Bevölkerung bedauere, dass der bisherige Komfort weggefallen sei, verstehe aber, dass das Aufrechterhalten der vielen Zweigstellen aus wirtschaftlich Gründen auf Dauer nicht mehr möglich sei.

Landrat Schwing wies zur Frage von Kreisrat Scholz nach dem Verwaltungsrat darauf hin, dass er bereits in der Sitzung, als der neue Verwaltungsrat gewählt worden sei, gesagt habe, dass die Anzahl der Verwaltungsratsmitglieder in der Satzung der Sparkasse Miltenberg-Obernburg klar geregelt sei. Da keine Änderungsanträge zur Satzung vorgelegen hätten, habe die Wahl gemäß der gültigen Satzung durchgeführt werden müssen.

Kreisrat Dotzel sprach namens der CSU-Fraktion Direktor Feußner und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sparkasse Miltenberg-Obernburg den Dank und ein großes Kompliment für das in der jetzigen Finanzkrise mit Bravour erarbeitete Jahresergebnis 2008 aus. Andere Banken können eine solche Leistung nicht vorweisen. Unter Hinweis darauf, dass der Landkreis Miltenberg ein Flächenlandkreis sei, bat Kreisrat Dotzel Direktor Feußner, auch künftig dort, wo es notwendig sei, Anpassungen vorzunehmen. Der Mittelstand und die im Landkreis Miltenberg ansässigen Betriebe benötigen immer wieder Kredite, besonders in

der jetzigen schwierigen Zeit. Es sei erfreulich, dass die Sparkasse attraktive Kredite anbiete. Deswegen sei auch die finanzielle Lage im betrieblichen und privaten Bereich stabil. Ein besonderer Dank gelte der Sparkasse auch für ihr Sponsoring an Verbände und Vereine.

Kreisrat Scherf sprach Dankesworte im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für den Rechenschaftsbericht. Lob gebühre der Sparkasse Miltenberg-Obernburg dafür, dass sie sich in ihren Bankgeschäften auf den Landkreis Miltenberg beschränke. Dies sei eine uralte Forderung von Bündnis 90/Die Grünen auch gegenüber der Bayern LB gewesen. Damit hätte bei der Bayern LB vieles vermieden werden können. Lob gebe es auch dafür, dass in den jetzigen Zeiten der Krise Investitionen in Höhe von 7,5 Mio. € getätigt werden. Darüber hinaus verdiene das soziale Engagement mit über 310.000,00 € und die Mitwirkung im neu geschaffenen Arbeitskreis Schule und Wirtschaft Anerkennung. An diesem Arbeitskreis beteilige sich die Sparkasse dankenswerterweise nicht nur finanziell, sondern auch mit geistiger Kraft. Positiv sei weiter, dass sich die Sparkasse Miltenberg-Obernburg gegen den Trend entwickle. Es wäre wünschenswert, dass der bei den Menschen eingetretene Verstand bezüglich Geldanlagen auf Dauer anhalte.

Kreisrat Scherf bat sodann um Auskunft, wie hoch die weggefallenen Dividenden der Bayern LB seien und was insgesamt verloren gehe. Direktor Feußner habe gesagt, dass er sich für die Landesbank ein tragfähiges Konzept erhoffe. Könne dazu etwas skizziert werden? Die weitere Frage laute: Wie stehe die Sparkasse zur Bad Bank? Kreisrat Scherf wies weiter darauf hin, dass Direktor Feußner gesagt habe, es bestehe keine Kreditklemme, trotzdem gebe es beim Ausleihgeschäft ein Minus von 5,1 %. Dazu die Frage: Gebe es veränderte Bewertungskriterien? Was die Zurückziehung der Sparkasse aus kleinen Gemeinden betreffe, werde darum gebeten, der Bevölkerung mitzuteilen, an wen sie sich künftig in finanziellen Angelegenheiten wenden können und dass nicht der Verkauf von Produkten das Ziel sei, sondern die gute Beratung und der Mensch im Mittelpunkt stehe. Interessant wäre es auch zu erfahren, ob sich die Anzahl der Kundinnen und Kunden aufgrund des neuen Konzeptes spürbar verändert habe. Zum Thema Frauen in Führungspositionen gab Kreisrat Scherf folgendes Zitat bekannt: „Vor allem Männer haben an den internationalen Finanzplätzen gezockt, haben in der Bankenaufsicht nicht genau hingeschaut, haben PS-Boliden gebaut, als sei Benzin ein nachwachsender Rohstoff. Männer saßen in den Anhörungen des amerikanischen Kongresses und mussten beichten, dass sie es so weit hatten kommen lassen. Von Männern geführte Banken wurden verstaatlicht.“ Klaus Schwab, Gründer und Präsident des Weltwirtschaftsfonds in Davos ziehe daraus den Schluss, dass mehr Frauen in Regierungen und Banken in Führungspositionen müssen, um künftig solche Krisen abzuwehren. Dazu die Frage: Wie viele Frauen bei der Sparkasse Miltenberg-Obernburg befinden sich in einer Führungsposition und was tue die Sparkasse, um Frauen in Führungspositionen gezielt zu fördern?

Landrat Schwing bemerkte dazu, dass ein so großer Fragenkatalog eine Zumutung für das Gremium sei. Um Zeit zu sparen, sei wie in den letzten Jahren allen Fraktionen angeboten worden, dass Direktor Feußner ab 9.00 Uhr zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung stehe, weil angenommen worden sei, dass nicht jede Frage jedes Kreistagsmitglied interessiere. Daraufhin habe sich zunächst keine Fraktion gemeldet. Erst auf Nachfrage hätten die großen Fraktionen das Angebot angenommen.

Direktor Feußner teilte zu den Dividenden der Bayern LB mit, dass die Sparkasse Miltenberg-Obernburg mit 2,5 Mio. € betroffen sei. Zum LB-Konzept sei zu sagen, dass unsere Sparkasse aufgrund ihrer Größe eine Landesbank brauche. Das Thema Bad Bank sei ein schwieriges und komplexes Thema. Er glaube, dass es künftig ohne Bad Bank überhaupt nicht mehr gehen werde. Aufgrund eines neuen Gesetzes werde es eine sog. Nachhaftung geben. Das Gesetz sei nachgebessert worden, aber es könnte noch schwierig werden. Für Bayern spiele das im Moment keine Rolle, weil die Bayerische Landesbank eine bayerische Landeslösung erreicht habe. Zu den Themen Kreditklemme und Wirtschaftskrise könne er

sagen, dass er etwas pessimistisch sei, aber glaube, dass im Herbst etwas komme. Die Sparkasse rüste sich darauf und werde einen vernünftigen Weg gehen. Die bestehende Personalstruktur sei schwierig. Das liege auch daran, dass viele junge und ehrgeizige Leute beschäftigt seien, die nicht fünf Jahre in einer Geschäftsstelle verbringen, sondern auch andere Wege gehen wollen. Man wisse, dass die Frau oder der Mann vor Ort ganz wichtig seien und hoffe, dass das Konzept auf Dauer angelegt sei. Zum Verkauf könne mitgeteilt werden, dass Produkte verkauft werden, die nicht bepreist seien, denn Beratung werde nicht bezahlt, sondern letztlich von der gesamten Bankenlandschaft quersubventioniert. Dass Verkauf vernünftig erfolgen müsse, sei klar. Die Mitarbeiter müssen auch Versicherungen verkaufen. Dafür gebe es ein Finanzkonzept, das gut funktioniere. Zur Frage Frauen in Führungspositionen könne berichtet werden, dass aufgrund der Umstrukturierung jetzt acht Frauen Geschäftsstellenleiterinnen seien. In der zweiten Ebene mit 12 Mitarbeitern seien zwei Frauen Marktbereichsleiterinnen. Die Quote sei aber noch steigerungsfähig. Der Frauenanteil der Sparkasse Miltenberg-Obernburg betrage über 60 %.

Kreisrat Dr. Kaiser schloss sich im Namen der SPD-Fraktion dem von seinen Vorrednern gegenüber Direktor Feußner und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sparkasse Miltenberg-Obernburg ausgesprochenen Lob und Dank an. In der vormittäglichen Fraktionssitzung habe Direktor Feußner bereits viele Fragen beantwortet. Die offene und ehrliche Art von Direktor Feußner schaffe Vertrauen und sei wichtig für eine Sparkasse.

An den langjährigen Verwaltungsratsvorsitzenden und Vizepräsident des Bayerischen Landkreistages, Landrat Schwing, gewandt wies Kreisrat Dr. Kaiser sodann darauf hin, dass in der jetzigen Finanzkrise das Deutsche Bankenmodell, bestehend aus den privaten Banken, den Genossenschaftsbanken und den öffentlich rechtlichen Banken, seine Bewährungsprobe bestanden habe. Leider sei, wie von Direktor Feußner bereits deutlich gesagt, bei den öffentlich rechtlichen Banken bezüglich der Bilanzen etwas passiert. In der Zeitung „Die Zeit“ sei am 19.07.2009 ein Artikel über den Größenwahn mit Folgen, bezogen auf die Landesbanken, erschienen. Danach bleibe die Zukunft der Landesbanken einstweilen ungewiss. Die Verantwortung liege bei den Vorständen und den Eigentümern, d.h. Landesregierung und Sparkassen und besonders bei deren Verbänden sowie bei den Wirtschaftsprüfern und der bundesdeutschen Bankenaufsicht. Sie alle hätten versagt. Er (Kreisrat Dr. Kaiser) vermisse die Verantwortung, auch die seitens der Sparkassen. Im Verwaltungsrat der Bayern LB seien Minister Huber, Ministerpräsident Dr. Beckstein und die Vorstände, die die Krise zu verantworten hatten, nicht mehr in Amt und Würden, während der Verwaltungsrat offensichtlich weiterarbeite, als wäre nichts geschehen. Es frage sich, wann persönliche Konsequenzen folgen werden und wann seitens der Politik, nämlich der Landräte, und der Kommunalen Spitzenverbände ein deutliches Wort gesprochen werde. Der Chef der Deutschen Sparkassen habe klar erklärt, dass man nur ein oder zwei Landesbanken brauche. Auf bayerischer Ebene tue man jedoch so, als könne man mit der jetzigen Struktur weitermachen. Es gebe keine Aussagen weder zur Verantwortung, noch zur Zukunft. Daher die Bitte an Landrat Schwing um eine deutliche Aussage zur Verantwortung der Sparkassenorganisation, zur Situation der Bayern LB und zum Zukunftskonzept der Sparkasse. Die SPD wolle, dass die Struktur der Sparkassen erhalten bleibe. Sie wisse, was sie an den Sparkassen habe. Sie sei nicht nur in der jetzigen Finanzkrise ein Freund der Sparkassen, sondern sei es schon immer gewesen.

Landrat Schwing bestätigte, dass die SPD ein Freund der Sparkassen sei. Zur Zukunft der Landesbank seien weder der Landrat noch der Bayerische Sparkassenverband der richtige Adressat. Uns gehören nur 6 %. Die Gremien hätten sich dazu verpflichtet, so abzustimmen, wie es der Freistaat Bayern vorgebe. Der Bayerische Landkreistag habe seine Meinung äußern können, was ganz klar erfolgt sei. Weit im Vorfeld der Bankenkrise sei vom Bayerischen Landkreistag ein einstimmiger Beschluss zur Fusion der Bayerischen Landesbank mit der Landesbank Baden-Württemberg gefasst worden. Dies sei politisch leider anders entschieden worden. Die Meinung des Bayerischen Landkreistages sei nach wie vor klar und

decke sich mit der Meinung von Direktor Feußner, dass man in Deutschland keine –zig Landesbanken brauche. Einige wenige Landesbanken oder nur eine Landesbank würden ausreichen. Man werde abwarten, welche Konzepte präsentiert werden. Der Deutsche Landkreistag habe bereits deutlich erklärt, dass er die Sanierung der Landesbanken auf dem Rücken der Sparkassen nicht zulassen werde. Es komme darauf an, ob man dem noch vorzulegenden Geschäftsmodell zustimmen könne. Die Landesbanken seien nach wie vor auf die Sparkassen angewiesen. Würden sich die Sparkassen zurückziehen, würde einiges zusammenbrechen. Entscheidend sei, dass die Sparkassen weitgehend außen vor seien.

Kreisrat Weber berichtete von einer Tagung bei der IHK Aschaffenburg, bei der es um die Kreditfinanzierung in der Krise gegangen sei. Dabei sei massiv über die Kreditklemme geklagt und ein verschärftes Rating angesprochen worden. Des Weiteren sei der Verdacht geäußert worden, dass die Sparkassen vielleicht speziell Rücklagen bilden würden, weil sie noch einmal Geld nach München abführen müssen. Der weiter angesprochene Punkt sei die günstige Refinanzierung gewesen. Es sei gesagt worden, dass sich die Banken Geld günstig ausleihen, dieses auf dem Geldmarkt zinsgünstig anlegen, davon leben und auf die Kreditvergabe verzichten würden. Ein weiteres Thema sei die Fusion. Vor einigen Jahren sei dazu noch Nein, aber auch gesagt worden, man wisse nicht was die Zukunft bringe. Jetzt befinde man sich in der Zukunft. Daher die Frage, wie lange werde die Sparkasse Miltenberg-Obernburg noch so stark sein, dass sie allein bestehen könne oder sei eine Änderung zu erwarten?

Direktor Feußner erklärte zum Thema Finanzklemme, dass aus der Bilanz ersichtlich sei, dass die Sparkasse Miltenberg 1,5 Mrd. € Einlagen und 1 Mrd. Kreditvolumen habe. D.h. es könnten jährlich noch 500 Mio. € an Krediten vergeben werden. Damit würde mehr Geld verdient, als mit der Anlage auf dem Refinanzierungs- oder Finanzierungsmarkt. Der Rückgang des Kreditgeschäftes liege nach Ansicht der Sparkasse an folgenden Dingen: Mangelnde Investitionsnachfrage der Unternehmen, das Fehlen der regionalen Wohninvestitionen, weil nicht mehr soviel gebaut werde wie früher und Probleme der Unternehmen bei der Tilgung. Es gebe also keine Kreditklemme und die Sparkasse leihe gerne Kredite aus. Was die Frage der Fusion betreffe, müsse die bestehende Finanzkrise bedacht werden. Die Sparkasse Miltenberg-Obernburg habe im Prinzip nur einen natürlichen Partner, nämlich die Sparkasse Aschaffenburg. Diese sei doppelt so groß, aber nicht doppelt so gut wie die Sparkasse Miltenberg-Obernburg. Nachdem die Sparkasse Miltenberg-Obernburg ein überdurchschnittliches Betriebsergebnis erarbeitet habe, bestehe betriebswirtschaftlich gesehen keine Notwendigkeit zu einer Fusion. Die Frage sei, wie die Politik entscheide. Die einzelnen Möglichkeiten einer Fusion werden zwar im Verwaltungsrat diskutiert werden, aber die endgültige Entscheidung habe nicht der Verwaltungsrat, sondern die Politik zu treffen.

Landrat Schwing bestätigte, dass die Frage einer Sparkassenfusion nach Behandlung der Angelegenheit im Verwaltungsrat vom Kreistag zu entscheiden sei, allerdings erst dann, wenn es so weit sei. Derzeit gebe es Kontakte, aber noch keine Fusionsgespräche.

Kreisrat Dr. Linduschka übermittelte Direktor Feußner ein großes Lob der FDP-Fraktion. Der Vortrag sei sprachlich glänzend gewesen. Im Bericht der Sparkasse habe er gelesen, dass im Rahmen einer strategischen Neuausrichtung der Sparkasse Miltenberg-Obernburg auch eine kunden- und potenzialorientierte Segmentierung der Kunden erfolgt sei. Seine Befürchtung, dass darüber ausführlich referiert werde, sei nicht eingetreten. Die Ausführungen von Direktor Feußner dazu seien vielmehr glänzend und Vertrauen bildend gewesen. Was Direktor Feußner zur Schließung von Filialen gesagt habe, sei sprachlich so klar und inhaltlich so überzeugend gewesen, dass jede/r, der bis drei zählen könne, gemerkt habe, es habe keine Alternative gegeben.

Die Frage von Kreisrat Dr. Linduschka, ob bestätigt werden könne, dass es im Zuge der Umstrukturierung bei der Sparkasse Miltenberg-Obernburg keine betriebsbedingten Kündigungen gegeben habe, wurde von Direktor Feußner bejaht.

Kreisrat Stappel dankte Direktor Feußner namens der Fraktion Neue Mitte für den Bericht und bat, den Dank für die gute Arbeit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sparkasse Miltenberg-Obernburg zu überbringen. Dass die Sparkasse als Hausbank für den Mittelstand und die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Miltenberg wichtig sei, sei keine Frage. Gerade in der jetzigen wirtschaftlich schwierigen Zeit sei ein Ansprechpartner des Vertrauens notwendig. Für wichtig halte die Neue Mitte auch, dass die Eigenständigkeit der Sparkasse Miltenberg-Obernburg erhalten bleibe, zumal bisher immer gute Betriebsergebnisse erarbeitet worden seien. Die Eigenständigkeit sei nämlich ein wichtiger Punkt bezüglich des Vertrauens zur Hausbank. Nach Meinung von Kreisrat Stappel sollte das, was im Landkreis Miltenberg Bestand habe, so lange wie möglich erhalten werden.

Kreisrat Dr. Kaiser bemerkte, dass Landrat Schwing seine Frage zur Verantwortung der Sparkassen nicht beantwortet habe. Außerdem hoffe er, dass bei Direktor Feußner, Landrat Schwing sowie den Bürgermeistern Dotzel (Wörth a.Main), Berninger (Erlenbach a.Main) und Luxem (Elsfeld) die Pressemeldungen angekommen seien, wonach die Bayerische Landesbank aufgrund der Auflagen ihre Wohnungsbaugesellschaft verkaufen müsse. Im Landkreis Miltenberg seien davon ca. 1.200 Wohnungen betroffen. Es sei geplant, diese Wohnungen insgesamt, nicht aufgesplittert zu verkaufen. Um dies den Mieterinnen und Mietern zu ersparen, müsse man sich Gedanken darüber machen, wie man das auffangen wolle und dagegen wehren.

Landrat Schwing teilte dazu mit, dass wegen des Verkaufs von Wohnungen bereits mit der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft Franken mbH (GBW) sowie der Bayern LB Verbindung aufgenommen worden sei. Leider habe man von der GBW aufgrund des bundesdeutschen Aktienrechts keine detaillierten Auskünfte erhalten. Die Bayern LB habe in dieser Angelegenheit auf Anfrage des Landratsamtes Miltenberg mit einem am 07.07.2009 beim Landratsamt Miltenberg eingegangenen Schreiben folgendes geantwortet: „Im Rahmen unserer Restrukturierungsplans haben wir sämtliche Beteiligungen auf den Prüfstand gestellt. Dabei wurde die Beteiligung an der GBWAG nicht als Kerngeschäft unseres Hauses eingestuft. Ein Verkauf dieser Beteiligung wird grundsätzlich bis zum Jahr 2013 angestrebt. Unabhängig davon gibt es – schon aufgrund der Marktsituation – aktuell keine Verkaufsbemühungen. Entsprechende Aktivitäten sollen erst wieder aufgenommen werden, wenn die Marktlage eine adäquate Vermarktung möglich erscheinen lässt.“

Zu der weiteren von Kreisrat Dr. Kaiser gestellten Frage teilte Landrat Schwing mit, dass der Grund dafür, dass Herr Naser immer noch im Verwaltungsrat der Bayern LB sitze, offensichtlich eine Vereinbarung mit dem Freistaat Bayern sei. Derzeit seien noch alle Verwaltungsräte im Amt. Es werde aber zukünftig nur noch ein einziger Vertreter des Sparkassenverbands dem Verwaltungsrat angehören. Ob dieser Naser heiße, werde bezweifelt. Intern sei der Name des neuen Verwaltungsrates aber schon bekannt.

Tagesordnungspunkt 4:

Beschlussfassung über das Konjunkturpaket II/FAG

Kreisbaumeisterin Schulz trug vor, dass die Baumaßnahmen im Rahmen des Konjunkturpakets II (KP II) bis zum 31.7.2009 bei der Regierung von Unterfranken beantragt werden müssen.

Diese sind:

- Die Sanierung der Dächer und Fassaden des Lehrwerkstattgebäudes der Berufsschule Obernburg,
- die Errichtung eines Holzhackschnitzelheizwerkes mit Gaskesselredundanz in der Main-Limes-Realschule Obernburg mit einem Nahwärmeversorgungsnetz für alle kreiseigenen Liegenschaften am Schulstandort Obernburg sowie die energetische Sanierung der Dächer und Fassadenteile der Realschule Obernburg.

1. Lehrwerkstattengebäude der Berufsschule Obernburg

Saniert werden die Dächer des zweigeschossigen Werkstattgebäudes und des Treppenhauses sowie alle Fassaden. Aufgrund des enormen Hitzeintrags ist eine Verschattung der Oberlichter des eingeschossigen Lehrwerkstattgebäudes dringend erforderlich. Die Oberlichter sind notwendig zur Belüftung und gleichmäßigen Tageslichtausleuchtung der Arbeitsplätze.

Diese Verschattung aus feststehenden Elementen kann investiv annähernd kostenneutral auch durch Photovoltaik Elemente erreicht werden, durch die Einspeisevergütung amortisiert sich die Anlage nach ca. 10 Jahren. Jedoch werden weder die notwendige Verschattung noch die Photovoltaik im KP II gefördert.

- Kosten: 1,24 Mio. € + Nebenkosten = 1,47 Mio. €
- Förderung: maximal 0,803 Mio. €

Daneben sind im Gebäudeinnern aufgrund von Neustrukturierung (Wegfall Maler – Mehrbedarf Metaller), einer enorm wachsenden Schülerzahl an der BSO/FOS (Verdoppelung der Schüler in den letzten fünf Jahren), bevorstehende Lieferung neuer Maschinen, die baulichen Anpassungsbedarf verursachen (CNC-Bereich-Pneumatik), und einem sehr deutlichen Modernisierungstau (stillgelegte Sanitär- und Umkleidebereiche, defekte Lüftungsanlagen, Hitzestau in Werk- und Theoriebereichen, technisch nicht aktuellen Installationen - Abluft Schweißanlagen) bauliche Maßnahmen erforderlich. Für diese baulichen Defizite wurden in Zusammenarbeit mit der Schule Lösungsmodul mit Kostenschätzungen und Prioritäten in extrem kurzer Zeit seit der positiven Aufnahme der Lehrwerkstatt in das KP II erarbeitet. Ziel ist es, die dringlichsten Defizite 2009 abzarbeiten, die B- und C-Prioritäten sollten 2010 und ggf. 2011 folgen.

2. Main-Limes-Realschule Obernburg

Nachdem im KP II die Regierung von Unterfranken dem „Tauschgesuch“ des Landkreises Miltenberg von der Sporthalle Miltenberg zur Realschule Obernburg mittlerweile schriftlich zugestimmt hat, in Gesprächen mit dem Ministerialbeauftragten für Realschulen und der Schulleitung deutlich wurde – auch im Hinblick auf den geplanten Neubau einer zwei- bis dreizügigen Realschule in Großostheim – dass die vorgesehene energetische Sanierung mit Holzhackschnitzelheizung und Generalsanierung des Anbaues mit 3,471 Mio. € nur auf der Grundlage eines aktuellen, langfristig notwendigen Raumprogrammes entwickelt werden kann. Insbesondere war zu prüfen, ob für den die Förderung nach KP II übersteigenden Investitionsbedarf eine Förderung nach FAG möglich ist.

In einer gebündelten Abstimmungsrunde am 25.06.2009 bei der Regierung von Unterfranken mit dem Ministerialbeauftragten, den zuständigen Mitarbeitern der Regierung für das Raumprogramm, für FAG, für Ganztageseinrichtungen, für die Konjunkturpaketbeantragung, für VOF-Verfahren, für Hochbaumaßnahmen und letztendlich auch den Zuständigen für Finan-

zen wurden die Planungen im Konzeptbereich sowie die grundsätzliche Förderfähigkeit im KP II und FAG einvernehmlich geklärt, das Raumprogramm festgelegt und der dadurch dringend erforderliche Erweiterungsbedarf der Realschule festgestellt.

Dieser eklatante Mehrbedarf an Unterrichtsräumen war die überraschende Erkenntnis - und dies trotz der angenommenen reduzierten Gesamtklassenzahl von langfristig 20 Klassen gegenüber den z.Z. an der Schule unterrichteten 28 Klassen. Die Defizite liegen in dem nicht zur Verfügung stehenden, normalen Klassenzimmerbereich, die Schule hat seit Jahren zwei Klassen in die Berufsschule ausgelagert, unterrichtet volle Klassen in Nebenräumen im Atrium mit nicht ausreichendem Tageslicht und zu geringer Raumhöhe, Ausweichräume (sechs mit 60 m² erforderlich) sind daher überhaupt nicht vorhanden, es fehlt gänzlich die Biologie sowie ein weiterer naturwissenschaftlicher Übungsraum, der IT-Bereich benötigt einen zusätzlichen, in gesamter Klassenstärke nutzbaren Bereich. Der Musiksaal ist zu klein und akustisch stark störend von Klassenzimmern umringt. Dies bedeutet neben Neustrukturierungen im Bestand einen Erweiterungsbedarf von 630 m² HNF.

Daneben ist die Realschule Obernburg die einzige weiterführende Schule des Landkreises Miltenberg, die keine Ganztageseinrichtungen nutzen kann. Dieser Bedarf lässt sich optimal im Erdgeschoss des vorhandenen Gebäudes einrichten, wo für Unterrichtsräume zu geringe Raumhöhen bestehen. Die Schule überlegt z.Z. die unterschiedlichen Formen eines zukünftigen Ganztagsangebotes, offen – gebunden – gebunden für die 5. und 6. Jahrgangsstufe oder nur einzelne Klassen.

Das vorliegende Konzept sieht für die Realschule Obernburg im KP II die Holzhackschnitzheizung mit dem Nahwärmenetz für die Lehrwerkstätten, die Berufsschule, die Berufsoberschule und die Fachoberschule sowie die energetische Sanierung der bestehenden Dächer und geschlossenen Fassaden der Realschule Obernburg vor. Diese Maßnahmen müssen bis 2011 abgerechnet sein (inkl. Verwendungsnachweis).

- Kosten: 1,28 Mio. € + Nebenkosten = 1,5 Mio. €
- Förderung: maximal 1,12 Mio. €

Über FAG werden die/der Erweiterung/Anbau, die bereits ursprünglich vorgesehene Generalsanierung des bisherigen Anbaues sowie die das Raumprogramm erfüllenden Umstrukturierungen im Atrium und die restlichen Fassaden abgewickelt.

- Kosten: 6 Mio. € + Nebenkosten = 7 Mio. €
- erwartete Förderung: ca. 2,7 Mio. € (bei einem angenommenen Fördersatz von 40 % der zuwendungsfähigen Kosten)

Der Umfang der konzeptionierten Maßnahme macht bedauerlicherweise und zeitraubend ein vorgeschaltetes VOF-Verfahren für die Architektenleistung erforderlich. Im Rahmen des KP II sind zwar die Ausschreibungsregelungen VOB/VOL deutlich abgestuft worden, befristet sind z.B. keine EU-weiten Ausschreibungen erforderlich, auch die Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibungen wurden deutlich erhöht. Jedoch wurde das VOF nicht in das „Beschleunigungspaket“ mit aufgenommen. Dieses notwendige Auswahlverfahren soll in den Sommerferien 2009 durchgeführt werden, um ab September 2009 mit der Genehmigungs- und Werkplanung für alle Realschulbaumaßnahmen koordiniert zu starten und 2010 mit den ersten Baubereichen zu beginnen.

3. Holzhackschnitzelheizung mit Nahwärmeversorgung für das Schulzentrum Obernburg

Bereits in der Bewerbung zum KP II mit der Realschule Obernburg war die Erneuerung der überalterten Gasheizung durch eine Heizanlage mit regenerativem Energieeinsatz beabsichtigt. Nach der endgültigen Zusage für zwei Liegenschaften an diesem Standort und den ersten Wertungen des Energieberaters und der Fachingenieurin lag die zentrale Gesamtversorgung unter Berücksichtigung des Erneuerungsbedarfs der Heizungen für Real-, Berufs- und Fachoberschule sowie Sporthalle und Lehrwerkstätten auf der Hand. Die Regierung von Unterfranken hat dieses Konzept in einer ersten Einschätzung sehr begrüßt.

- Kosten: 600.000,00 € + Nebenkosten = 700.000,00 €
(diese Kosten sind in den angegebenen Kosten von 1,28 Mio. € bzw. 1,5 Mio. € bereits enthalten)

Frau Dr. Dammast, Fachplanerin Heizung/Lüftung/Sanitär, und Herr Paulus, Energieberater, werden dieses Teilpaket des vorgesehenen KP II-Antrages für die Main-Limes-Realschule Obernburg erarbeiten, planen und bauüberwachen.

Auf Empfehlung des Bauausschusses vom 16.07.2009 fasste der Kreistag einstimmig folgenden

B e s c h l u s s :

Im Rahmen des Konjunkturpaketes II/FAG werden folgende Maßnahmen genehmigt:

- **Die vorgestellten Maßnahmen entsprechend den ausgewählten Bewerbungen als Anträge zum Konjunkturpaket II mit Weiter- bzw. Neubeauftragung der Planer,**
- **die vorgestellte Baumaßnahme an der Main-Limes-Realschule Obernburg im Rahmen eines FAG-Antrages (in Verknüpfung mit dem Konjunkturpaketantrag) zur Durchführung,**
- **das dafür notwendige VOF-Verfahren zur Beauftragung der Architektenleistung durch ein drittes Büro,**
- **die vorgestellten Baumaßnahmen am Lehrwerkstattengebäude der Berufsschule Obernburg im Zusammenhang mit den Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des Konjunkturpaketes II und aufgrund der Kompetenzzentrumsbildung als begleitende Maßnahmen in den Haushaltsjahren 2009 und 2010/2011 mit dem benannten Planerteam.**

Tagesordnungspunkt 5:

Finanzbericht:

a) Halbjahresbericht Finanzen

b) Halbjahresbericht Wirtschaftliche Einheiten - Produktberichte

Landrat Schwing schlug vor, die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes in der heutigen Sitzung wegen der fortgeschrittenen Zeit entfallen zu lassen. Die Verwaltung werde die beiden Halbjahresberichte „Finanzen“ und „Wirtschaftliche Einheiten – Produktberichte“ im

Kreistagsinformationssystem zur Verfügung stellen, Fragen dazu könne Verwaltungsoberamtsrat Straub beantworten.

Der Kreistag erklärte sich mit diesem Vorschlag von Landrat Schwing einstimmig einverstanden.

Tagesordnungspunkt 6:

Beschaffung eines mobilen Großventilators für den abwehrenden Brandschutz im Tunnel der Ortsumgehung Miltenberg/Bürgstadt/Großheubach

Landrat Schwing bat, die Entscheidung über die Ausschreibung zur Beschaffung eines mobilen Großventilators für den abwehrenden Brandschutz im Tunnel der Ortsumgehung Miltenberg/Bürgstadt/Großheubach zurückzustellen, bis geklärt sei, ob der Landkreis Miltenberg dafür zuständig sei. Nach den Richtlinien der Straßenbauverwaltung sei für den Tunnel kein Großventilator notwendig. Die Feuerwehren hätten dort eine Übung durchgeführt und halten die Beschaffung eines Großventilators für erforderlich. Die Kosten für einen Großventilator würden sich auf ca. 120.000,00 € ohne Zuschüsse belaufen. Die Verwaltung habe wegen der Zuständigkeit der Beschaffung bereits die Oberste Baubehörde um Klärung gebeten.

Auf Vorschlag von Landrat Schwing fasste der Kreistag einstimmig folgenden

B e s c h l u s s :

Die Entscheidung über die Ausschreibung zur Beschaffung eines mobilen Großventilators für den abwehrenden Brandschutz im Tunnel der Ortsumgehung Miltenberg/Bürgstadt/Großheubach wird zurückgestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Zuständigkeit zu prüfen.

gez. Schwing

Schwing
Vorsitzender

gez. Mottl

Mottl
Schriftführerin